



# KEIN WOHIN OHNE WOHER

**SCHWERPUNKT  
HALTUNG**



# 25 JAHRE ZUSAMMEN

Am 14. Mai 1993 wurden wir in Leipzig zu einer Partei: das ostdeutsche Bündnis 90 und die westdeutschen Grünen. Wir sind miteinander gewachsen – und haben gemeinsam vieles bewegt. Ein Blick zurück und nach vorn.



**CLAUDIA ROTH**  
Vizepräsidentin des  
Deutschen  
Bundestages

„25 Jahre Bündnis 90/Die Grünen – das ist weder selbstverständlich noch war die Entstehung ein einfacher Prozess. Wir mögen dieselbe Sprache gesprochen haben. Die Bedeutung der Worte aber war gern auch mal unterschiedlich. Und so mussten wir uns streitbar kennen- und verstehen-, stellungsweise auch respektieren lernen in all unserer Vielfalt. Diese Fusion auf Augenhöhe, dieser politische Neubeginn, hat uns stark gemacht. Bis heute. Wenn das kein Grund ist, gebührend zu feiern!“



**RICHARD HERTENT**  
Inhaber von  
Büro Grün Bühnentechnik,  
Zechow. Kümmert sich  
seit 1986 um die technische  
Durchführung der BDK.

„Das Zusammengehen von Grünen und Bündnis 90 wurde in Hannover vorbereitet. Wir waren in der Niedersachsenhalle 2 und die Ostfraktion in der Glashalle – zwei parallel stattfindende Parteitage, zwei Welten. Die Idee der Bündnisleute war, nachdem sie den Beschluss zum Zusammengehen gefasst hatten, mit ihrem Banner feierlich in die Niedersachsenhalle einzuziehen. Nur sah ihr Banner noch eine andere Reihenfolge der Namen vor: Die Grünen/Bündnis 90 stand darauf – es konnte so nicht präsentiert werden. Also habe ich es mit einem von ihnen mit auf die Bühne genommen und so gefaltet, dass nur Bündnis 90 übrigblieb. Mit Nadeln pinnten wir es an unser Bühnenbild – genau oberhalb des Grünen-Schriftzuges. Damit war erstmals der heute noch gültige Name zu lesen. Und das war schließlich das Foto, das durch die Medien ging: das Zueinanderheften von zwei Namen, die Geburt einer neuen Partei.“

„Lange ist sie her, die Zeit der Spontibewegung, der Frauenbuchläden und lila Latzhosen. Schon damals hat die Gründungsbewegung der Grünen den schönen Ausdruck vom vernetzten Denken geprägt. In Baden-Württemberg hat diese andere Art zu denken zu einer Politik des Gehörtwerdens geführt, mit der wir die Bürgergesellschaft und die Demokratie stärken wollen. Diese neue Art der Beteiligungskultur, die wir vom Rand in die Mitte der Gesellschaft getragen haben, sehe ich als eine der großen gemeinsamen Errungenschaften an.“



**GISELA ERLER**  
Staatsrätin für Zivil-  
gesellschaft und  
Bürgerbeteiligung im  
Staatsministerium  
Baden-Württemberg



**DR. DOROTHEA  
STAIGER**  
Büroleiterin der Senatorin  
für Soziales, Jugend,  
Frauen, Integration und  
Sport der Freien Hanse-  
stadt Bremen

„Die Hartnäckigkeit der Mitglieder von Bündnis 90 hat uns gezwungen zuzuhören und die Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, die größer waren, als es schien. Für uns war das eine Geduldsprobe. Die Mitglieder von Bündnis 90 waren sicher über unsere für sie eher rüden Umgangsformen entsetzt. Für mich als organisatorische Bundesgeschäftsführerin ist in diesem Fusionsprozess sehr deutlich geworden, welch hohes Gut die Menschenrechte und unsere Demokratie sind. Gerade in der heutigen Zeit ist es wieder außerordentlich wichtig, dass wir uns dieser Werte bewusst sind, sie leben und für ihre Aufrechterhaltung kämpfen.“



**KATRIN  
GÖRING-ECKARDT**  
Vorsitzende der  
Bundestagsfraktion  
Bündnis 90/Die Grünen



„Getroffen haben sich westdeutsche Ökologen, Menschenrechtler, Frauenbewegte und Bürgerrechtler mit ostdeutschen Bürgerrechtlern, Umweltschützern, Frauenrechtlern und Menschenrechtlern. Eigentlich sollte man denken, sie waren füreinander geschaffen. Aber es war wohl eher eine Liebe auf den zweiten Blick. Ein Jahr Verhandlungen auf und um Augenhöhe, mit unendlich vielen Missverständnissen, Irrtümern und Machtdemonstrationen. Ich habe von einer Mitverhandlerin das Sams kennengelernt oder besser meine Kinder – und das Müttermanifest. Andere haben Leidenschaft für osteuropäische Caféhauskultur entwickelt und verstanden, dass ein 68er-Aufstand inklusive Wasserwerfern nicht die einzige Geschichte dieser Zeit war, sondern eben auch die Panzer in Prag. Als Mitglied im Thüringer Landesvorstand von Bündnis 90 war ich Teil der Verhandlungsgruppe. Und ich werde nicht vergessen, wie ein Treffen bei mir zu Hause im Pfarrhaus in Ingersleben damit begann, dass sich alle ihre Lebensgeschichten erzählten und in der Kirche endeten – es war ja ein Ort der Revolution, von Ermächtigung einer Minderheit und vor allem von Freiheit. Zwischendurch wurde gestritten über den Grundkonsens. Wir, die Ostdeutschen friedlichen Revolutionäre wollten unbedingt, dass dort verankert wird: das Ende der bewusst missverstehenden Unterstellung als Teil von Politik. Und wir haben gestritten über die Frauenquote. Sie kam ins gemeinsame Programm und es hat ein paar Wochen, bei hartnäckigen Fällen höchstens ein Jahr gedauert, bis klar war: Das war kein Kompromiss, das ist zentral für gleichberechtigte Politik. Es sind Freundschaften entstanden aus Streitigkeiten, es ist Argwohn entstanden aus gemeinsamen Interessen, beides hat oft lange, manches bis heute gehalten.“

Fotos: Volker Schrank, J. Konrad Schmidt, Hermann Verbeek, Dominik Butzmann

## GEMEINSAM HALTUNG ZEIGEN

25 Jahre Bündnis 90/Die Grünen – das ist das Thema dieser Ausgabe. Gefeiert haben wir das Jubiläum bereits im Mai. Wir blicken zurück auf den Startpunkt unserer gemeinsamen Geschichte. Erstaunlich ist, wie viel wir aus dieser Zeit für die aktuellen Herausforderungen in unserer Gesellschaft lernen können.

Dass nach der Wende eine west- und eine ostdeutsche Partei erfolgreich fusionierten, ist in der bundesdeutschen Parteienlandschaft einmalig. Die Voraussetzungen waren günstig. Es gab große inhaltliche Schnittmengen und ähnliche Erfahrungshorizonte – mit der Teilhabe von Bündnis 90 an der friedlichen Revolution und dem Engagement der Grünen in der 68er-Bewegung.

Daran erinnern im großen Zwiegespräch Marianne Birthler und Jürgen Trittin. Ich finde es wichtig, dass wir unsere Wurzeln kennen und unsere Geschichte erzählen. Das tun wir noch zu selten – mit dem Ergebnis, dass wir in Ostdeutschland häufig noch als westdeutsche Partei gesehen werden. Dabei sind wir bis heute die einzige Partei, die den Osten gewissermaßen im Namen trägt. Bei uns sind so viele Ostdeutsche in Spitzenfunktionen wie in keiner anderen Partei. Die gemeinsame Geschichte zu erzählen, ist eine Aufgabe für die gesamte Partei. Und diese Ausgabe des Magazins trägt dazu bei.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – zwei Werte, für die wir 1989 im Osten gekämpft haben, werden heute massiv in Frage gestellt. Uns alle haben die Bilder der Hetzjagden und des rechten Mobs in Chemnitz erschüttert. Hier wird deutlich, wie wichtig unsere Rolle in Ostdeutschland ist.

Ans Herz legen möchte ich euch in diesem Zusammenhang das Gespräch mit dem US-Politologen Daniel Ziblatt. Sein Bestseller mit dem beängstigenden Titel „Wie Demokratien sterben“ ist gerade auf Deutsch erschienen. Im Interview verrät er, wie wir unsere Demokratie wirkungsvoll schützen können – und warum es gerade jetzt wichtig ist, neue Wege zu gehen.

Lasst uns unsere Demokratie unnachgiebig verteidigen, Haltung zeigen, die Rechten klar in ihre Schranken verweisen. Denn darin sind wir Bündnisgrünen besonders gut.

Apropos neue Wege. In Bayern und Hessen stehen im Oktober Wahlen an. Ich freue mich auf einen gut gelaunten, kantigen Wahlkampf. Und ich bin mir sicher: Für uns wird das ein toller Herbst!

Euer Michael



**MICHAEL KELLNER**  
Politischer Geschäftsführer



# „DAS MUSSTE ERSTMAL KRIESEN“

Wie wird aus zwei unterschiedlichen Bewegungen eine Partei? **Marianne Birthler** und **Jürgen Trittin** über kulturelle Unterschiede, die **Kraft von Bündnissen** – und warum die **gemeinsamen Werte** heute wichtiger sind denn je.

INTERVIEW: CAROLIN PIRICH

*9 Uhr, Berlin Mitte. Marianne Birthler und Jürgen Trittin haben einander eine Weile nicht gesehen. Im gläsernen Foyer der Böll-Stiftung begrüßen sie sich kurz und beginnen direkt ein Gespräch darüber, wie sich der Tonfall im Bundestag geändert hat, seitdem die AfD dort vertreten ist. Aber wir wollen über den Ursprung von Bündnis 90/Die Grünen sprechen. Über die Zeit, in der sich die Partei – im Gegensatz zu anderen Parteien im wiedervereinigten Deutschland – nicht durch einen bloßen Anschluss der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung gründete, sondern durch einen intensiven Vereinigungsprozess.*

**Frau Birthler, Herr Trittin, können Sie sich an Ihre erste Begegnung erinnern?**

**Trittin:** Ich weiß nicht, ob Marianne sich an mich erinnern kann. Ich war anfangs ja fern von dieser Bundespolitik, die wir in den Ländern schrecklich fanden.

**Birthler:** Ich war Anfang der 90er-Jahre auch Landespolitikerin und wir waren noch keine gemeinsame Partei. Ich erinnere mich allerdings sehr genau an diese Elefantenrunde nach der ersten gesamtdeutschen Wahl. Ich kam für Bündnis 90 als Sprecherin und ging mit Christian Ströbele, Sprecher für die Grünen damals, und Vertreter\*innen der anderen Parteien nach der Maske zusammen zum Studio. An der Tür zum Studio hielt ein Mitarbeiter des Senders Christian am Ärmel zurück und sagte, ja, sorry Herr Ströbele, nach den letzten Umfragen sind sie nicht drin. Sie müssen draußen bleiben.

**Trittin:** Das war besonders tragisch, weil es Christian selbst war, der eine Klage über getrennte Auszahlungen in Ost und West angestrengt hatte, und zwar aus der Haltung heraus, wir wollen die Bündnisleute nicht unterbuttern, sondern schützen. Er hat die Klage gegen alle Prognosen gewonnen – und wurde dann mit den Westgrünen abgewählt.

**Birthler:** Ich war am Wahlabend das allererste Mal auf einer solchen Bühne. Das war aufregend genug. Aber ich musste auch den Part von Ströbele übernehmen. Sollte ich mich freuen, weil Bündnis 90 drinnen ist, oder sollte ich trauern, weil die Grünen draußen sind? Das war ein Balanceakt.

**Die Listenverbindung mit den Bürgerbewegungen von Bündnis 90 sicherte den Grünen ab 1990 die Präsenz im Parlament. War genau dieser Wahlausgang ein guter Auftakt, um sich gleichberechtigt begegnen zu können?**

**Birthler:** Es trug bestimmt dazu bei, dass die später entstehende gesamte Partei eine sehr viel realistischere Politik gemacht hat. Meiner Ansicht nach hat diese Niederlage einen Reformprozess eingeleitet. Sie war aber für die Ost-Abgeordneten im Bundestag auch die Chance, ein eigenes Profil zu entwickeln.

**Sie, Herr Trittin, haben Frau Birthler im Fernsehen gesehen. Was war Ihr Eindruck?**

**Trittin:** Ich dachte, das sind also diejenigen, mit denen wir zusammengehen wollen.



ULRICH KHUON

„Das Theater ist ein radikal sozialer Ort, schon was die Arbeitsweise angeht: Wir sind 300 Menschen, die gemeinsam an Theaterinszenierungen arbeiten. Lebenserfahrungen zu ignorieren, ist das Fälscheste, was man machen kann. Theater versucht immer, aus der Vergangenheit eine Haltung für die Gegenwart zu generieren. Wir versuchen, die Unterschiedlichkeit der Gesellschaftssysteme, aber auch der Lebenserfahrung wachzuhalten und eben nicht einen Stempel draufzusetzen und abzuhaken. Unsere Arbeit zielt in einer spielerischen und sinnlichen Weise darauf ab, dass die Gesellschaft nicht das Interesse an sich selbst verliert. Einheit zu stiften, ist dabei gar nicht so vordergründig. Sondern eher der Versuch, Andersartigkeit und Fremdheit als reizvoll zu vermitteln.“

Meine Lebenserfahrung ist, dass Fremdheit ein Gewinn ist, auch wenn es anstrengend ist. Und so funktioniert auch Theater: Man entdeckt dort immer Eigenes und wird gleichzeitig mit fremden Erfahrungen konfrontiert. Momentan spürt jeder die Zerrissenheit unserer Gesellschaft. Und die erfordert von den Künsten in stärkerer Weise, sich mit dieser Zerrissenheit auseinanderzusetzen. Es geht nicht darum zu sagen: Hier geht's lang. Aber es ist dringlich zu sagen, was gar nicht geht, nämlich eine bestimmte Art von Nationalismus.“

Ulrich Khuon ist Intendant am Deutschen Theater Berlin und seit 2017 Präsident des Deutschen Bühnenvereins.





**Beide Parteien waren aus Bürgerbewegungen, aus der Gesellschaft heraus, entstanden. Wie hat man sich angenähert?**

**Trittin:** Im Jahr 1992, vor dem Gründungsparteitag, war ich Bundesratsminister von Niedersachsen, und meine einzigen Ansprechpartner im Bundestag waren die Abgeordneten von Bündnis 90, Kolleg\*innen von Marianne. Für mich war das spannend, weil sie ein anderes Herangehen an Politik hatten als ich. Wir hatten ja manches aus unserer schlimmsten chaotischen Anfangszeit hinter uns gelassen, während die Kolleg\*innen von Bündnis 90 noch sehr stark durch die runden Tische geprägt waren. Ich war kurzfristig der einzige Westgrüne, der im Deutschen Bundestag saß, aber als Bundesratsmitglied hatte ich selbst keine Redezeit. Manchmal traten sie mir ein paar Minuten ab.

**Birther:** Das freut mich ja zu hören, dass du mit der Bundestagsgruppe im Gespräch warst. Ansonsten gab es zwischen der Bundestagsgruppe und der Partei „Die Grünen“ nur dürftige Kontakte.

**Trittin:** Ihr habt jemanden von der anderen Seite gesucht. Ich hatte ein gewisses Know-how und einen Apparat anzubieten. Wir haben damals über den Schengen-Vertrag abgestimmt. Es gab eine Riesendebatte um die Flüchtlinge, Hoyerswerda, Solingen, den Brandanschlag, und dann die, wie wir es genannt haben, Abschaffung des Grundrechts auf Asyl – das war es ja de facto –, das wir verhindern wollten. Damit man überhaupt ein Forum hatte, mussten wir uns ja einigen.

**Wie einfach fiel die Einigung? Kamen da zwei zusammen, die von Anfang an zusammengehörten?**

**Birther:** Naja, der Wille war da, sich auf Augenhöhe zu begegnen. Aber wir waren eben auch Teil des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses, das heißt, es gab immer auch ein West-Ost-Gefälle, schon mal bezüglich der Größenordnung. Die Westgrünen zählten mehr als das zehnfache an Mitgliedern. Außerdem unterschied sich unsere politische Kultur. Bei uns von Bündnis 90 gab es eher eine zu große Zurückhaltung in den Diskussionen, muss ich rückblickend kritisch sagen. Wir hatten in der DDR einen so starken gemeinsamen Gegner gehabt und es gelernt, zwischen den Zeilen zu lesen. Dagegen waren die Grünen für mein Gefühl sehr laut, sehr konfrontativ. Das musste erstmal kriseln.

**Wie haben Sie das persönlich erlebt?**

**Birther:** Den ersten Clash der Kulturen habe ich in einer Arbeitsgruppe von Grünen



**JÜRGEN TRITTIN**

ist seit 1980 Grünen-Mitglied. 1998 wurde er Bundestagsabgeordneter und Umweltminister der rot-grünen Bundesregierung. Er war Spitzenkandidat seiner Partei in den Bundestagswahlkämpfen 2009 und 2013 und führte die Fraktion von 2009 bis 2013. Seit 2005 konzentriert er sich als Bundestagsabgeordneter auf Internationales und Außenpolitik. Trittin ist in Bremen geboren, hat in Göttingen studiert und lebt in Berlin.



Frauen zu Familienthemen erfahren. Es ging um Kitaplätze. Für mich gehörte das zum frauenpolitischen Teil, weil das Thema vor allem Frauen tangiert. Dafür wurde ich heftig kritisiert, weil Kinder auch Männersache sind, also zur Familienpolitik gehören. Ich verstehe das ja eigentlich, aber die Atmosphäre war damals hoch ideologisiert.

**Trittin:** Es trafen unterschiedliche Erfahrungswerte aufeinander. Die Westfrauen haben Kämpfe geführt gegen die Einverdiener-Ehe. Das war die Regel in der BRD, aber die Ausnahme in der DDR. Die Frauen in der DDR haben erfahren, dass trotz Berufstätigkeit die Sache an ihnen hängen blieb. Das knallte aufeinander. Insofern war das auch ein produktiver Prozess für beide Seiten.

**Birther:** Ja, wir konnten viel lernen von den Westfrauen, weil in der DDR Gleichberechtigung bedeutete, so zu leben wie Männer und nicht die Geschlechterrollen an sich zu überdenken. Zunächst stand man sich noch fremd gegenüber. Die im Westen hatten zwei Kinder im Schulalter und arbeiteten nicht – unbegreiflich für mich. Und die im Westen zuckten zusammen, wenn eine sagte, ich habe drei Kinder und bin Ingenieur.

**Lag die Herausforderung auch darin, dass sich viele aus dem Osten das System wünschten, das im Westen viele überwinden wollten?**

**Birther:** Es gab bei den westdeutschen Linken nicht wenige, die beim Zusammenbruch des Staatssozialismus eher Trauer empfanden. Aber schließlich häuteten sich die Grünen nochmal, radikale Protagonisten verließen die Partei. Damit waren die Weichen auf Teilhabe an der Verantwortung gestellt. Werner Schulz hat das mal auf den Punkt gebracht, diesen Vergleich zwischen 89ern und 68ern. Er sagte, die einen wollten eine Revolution und erreichten schließlich Reformen. Wir in der DDR kämpften für Reformen – und das mündete in eine Revolution.

**Trittin:** Die Grünen waren seit ihrer Gründung eine eher reformerische Partei. Es war eine historische Leistung, eine bestimmte Generation in das politische System der Bundesrepublik zu integrieren. Diejenigen, die außerhalb gestanden waren, wollten jetzt eine Regierungsbeteiligung hinbekommen. Es galt nicht mehr, das System zu überwinden, sondern es zu verändern.

**Birther:** Wir von Bündnis 90 und die Leute aus der Bundestagsgruppe waren keine Vertreter\*innen radikaler Basisdemokratie, wir wollten auch kein anderes politisches System. Wir hatten ja für parlamentarische Demokratie, für freie Wahlen, für die nor-



**MARIANNE BIRTHLER**

hat die jüngere deutsche Geschichte maßgeblich geprägt: Als Bürgerrechtlerin in der DDR, Abgeordnete, Ministerin, Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen und als unbequeme Wächterin über die Stasi-Akten. Heute engagiert sie sich in der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung, im Beirat der Gedenkstätte Berliner Mauer und im Kuratorium der Aktion Courage. Sie ist in Berlin-Friedrichshain geboren.







JANA HENSEL

„Ich bin in Leipzig aufgewachsen, habe dort mit meiner Mutter als 13-Jährige auch an den Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 teilgenommen. Was heute oft vergessen wird: Gerade die Umweltbedingungen rund um den Chemiestandort Leipzig und der damit einhergehende Zerfall der Stadt selbst waren ein wichtiger Grund, warum die Menschen ausgerechnet dort gegen ihr Land, die DDR, auf die Straße zu gehen begannen und für Veränderungen demonstrierten. Wenn man so will, Umwelt- und Klimaschutz sind ebenfalls ein wichtiges Erbe jener friedlichen Revolution. Beziehen sich die Grünen heute noch auf dieses Erbe? Sagen wir es so: Ich freue mich immer, wenn ich den Namen Bündnis 90/Die Grünen lese. Keine andere Partei trägt den Umstand, dass Ost und West in ihr vereint sind, ja noch heute sichtbar in ihrem Namen! Das ist ein Vorteil. Also, wenn ich mir etwas wünschen darf: Nutzt ihn noch mehr!“

Jana Hensel, deutsche Schriftstellerin (\*1976 in Leipzig) und Autorin des Spiegel-Bestsellers „Zonenkinder“ (2002), veröffentlicht im Herbst gemeinsam mit dem Soziologen Wolfgang Engler den Gesprächsband: „Wer wir sind. Über die Erfahrung, ostdeutsch zu sein“.



malen bürgerlichen Freiheiten gekämpft. Hinsichtlich unserer politischen Themen waren wir aber nicht weit auseinander. Die Opposition der DDR ist durch den Einsatz für Demokratie, Minderheitenschutz, Ökologie, Menschenrechte entstanden. Und das sind ebenso grüne Themen.

#### Welche Reizthemen gab es?

**Birther:** Eine traumatische Erfahrung war für mich der Krieg in Ex-Jugoslawien. Auf einem Sonderparteitag im Herbst des Jahres 1994 hat sich die Partei fast zerlegt. Es ging um die Frage, ob man Menschenrechte auch mit Waffengewalt verteidigen darf. Nur eine kleine Handvoll von Leuten stimmte zu. Daniel Cohn-Bendit rief: „Liebe Leute, ich bin Jude, ohne die Alliierten gäbe es mich nicht.“ Wie er war ich der Meinung, dass Menschenrechte, dass das nackte Leben manchmal auch mit Gewalt verteidigt werden muss. Das war auch für mich ein schmerzhafter Lernprozess, bis ich das sagen konnte. Da ging, stellvertretend für die Gesellschaft, ein Riss durch die Partei. **Trittin:** Aber die Auseinandersetzungen liefen nicht mehr entlang von Ost und West, das ging mitten durch. Das war der erste gemeinsame Lernprozess, den wir nach der Wiedervereinigung durchgemacht haben. Wir haben einen ersten Konsens gefunden, eine Beteiligung an Kriegen nicht mehr grundsätzlich auszuschließen und uns an UN-Einsätzen zu beteiligen.

#### Das klingt, als habe es Kraft gekostet, Differenzen zu überwinden. Auch Mut?

**Trittin:** Aus meiner Westsicht war es nicht Mut. Hätten wir eine Fusion mit dem Bündnis nicht hinbekommen, wären wir doch bei 80 Millionen Einwohner\*innen kaum über die Fünfprozenthürde gekommen. Aber es gab auch Leute wie Helmut Lippelt, die sich in den Prozess richtig reinknieten. Mich hat berührt, mit welcher Inbrunst er das Projekt Zusammenschluss betrieben hat. **Birther:** Helmut Lippelt war ein ganzes Stück älter als die meisten von uns. Aus seiner Generation gab es bei uns nicht viele, weder bei den Grünen noch bei Bündnis 90. Das hatte Folgen. Die Grünen im Westen sind mehr als andere Parteien eine Generationenpartei und damit west-europäisch sozialisiert. Wer von ihnen hatte noch etwas Gesamtdeutsches im Blick? **Trittin:** Ich ja auch nicht. Ich radelte von Göttingen aus manchmal an der Zonengrenze herum, war in Italien, überall, aber kaum in der DDR.

#### Damals veränderte sich die Gesellschaft: Konzepte wie Gleichberechtigung, Solidarität, Demokratie wurden neu ausdiskutiert. Vielen machte der Wandel nach der Wiedervereinigung Angst. Wie sind Sie dem damals begegnet?

**Trittin:** Die Angst war mit Händen zu greifen. Ich habe in meiner Zeit an der Parteispitze, von '94 bis '98, viele Menschen auch im Westen getroffen, die nicht gesagt haben, das ist ja alles toll, wie das jetzt läuft. Es gab auch das Gefühl der existenziellen Verunsicherung, des Verlustes von Lebensbiografien. Durch die neuen Bundesländer ist nach der Wiedervereinigung ein gewaltiger disruptiver Prozess gegangen: Lebensbiografien wurden massiv abqualifiziert, es gab eine Politik der De-Industrialisierung, den Aufbau verlängerter Werkbänke des Westens. Wir hatten sehr viel neu zu verarbeiten. **Birther:** Die Probleme des Wandels waren aber erstmal nicht Thema von Bündnis 90/Die Grünen. Es gab vielmehr das Gefühl: „Jetzt haben wir eine demokratische Revolution, jetzt geht es nur noch vorwärts. Demokratie, Freiheit auf der ganzen Welt!“ Insofern konnte man unbefangen über Veränderung sprechen.

#### Ist das heute anders?

**Birther:** Heute sind liberale Demokratien weltweit in die Defensive geraten, auch hierzulande. Das hat dazu geführt, dass der Wunsch, demokratische Strukturen, Institutionen und Verfahren zu bewahren, ein starkes und wichtiges Thema in Politik und Gesellschaft ist. **Trittin:** Damals hatten wir einen parteiübergreifenden Konsens: Marktwirtschaft und Demokratie. Viele glaubten, mit dem Kapitalismus kommt die Demokratie automatisch. Das hat sich als fragwürdig und falsch herausgestellt, schauen Sie nach Ungarn. Nicht nur in Systemen, die von Autokratie oder Totalitarismus geprägt sind, wie Russland oder China. Wir erleben ein Wiederaufleben eines gefährlichen Nationalismus. Jetzt sind plötzlich die alten Werte des Bündnisses und der Westgrünen gefragt.

#### Inwiefern?

**Trittin:** Wir haben das Recht des Individuums, damit das Recht von Minderheiten und die Menschenrechte immer verteidigt und gesagt, die stünden auch nicht zur Disposition von Mehrheitsentscheidungen. Damit bilden wir das Gegengewicht zu ganz gegensätzlichen Tendenzen in Europa. Der Begriff der illiberalen Demokratie, wie das Orban genannt hat, besagt ja, sich durch die Mehr-

heit der Bevölkerung zu legitimieren und deswegen alles tun zu können. Das ist genau das falsche Verständnis, gegen das sich Bündnis 90 und die Grünen immer gewehrt haben.

**Birther:** Im besten Sinne sind wir Konservative. Ökologische Themen sind Bewahrungsthemen. Wenn Wandel heißt, demokratische Institutionen zu entmachten, bin ich entschieden dagegen. Wenn Wandel heißt, die Wirtschaft zukunftsfähig zu machen, bin ich dafür. Wandel an sich ist keine Tugend.

#### Hat man sich damals mehr als heute getraut, unterschiedliche Meinungen auszudiskutieren und auszuhalten, aber dann wieder aufeinander zuzugehen?

**Trittin:** Ich würde eher sagen, es gibt bestimmte Dispute und Themen, die in dieser Gesellschaft nicht diskutiert werden oder die in der Wahrnehmung nach hinten rücken. Zum Beispiel die Frage, was die massive Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen mittelfristig mit unserer Gesellschaften macht. Wachsende Ungleichheit und die Klimakrise sind die großen globalen Herausforderungen. Da würde ich mir wünschen,

dass darüber mehr berichtet wird.

**Birther:** Die größere demokratische Gefahr heute liegt darin, dass am politischen Disput immer weniger Menschen teilhaben. Sie bleiben in ihren Kommunikationsblasen, in denen sie ihr eigenes Universum haben und von unseren Debatten, von den Erfahrungsthemen und Denkwelten anderer Menschen wenig mitbekommen.

**Trittin:** Wir wollen eine Gesellschaft, zu der alle beitragen und an der alle teilhaben. Daher unterliegt die Basisdemokratie aktuell wieder einer Debatte. Wie sollen wir mit Volksentscheiden umgehen? Derzeit lernen viele die repräsentative Demokratie wieder zu schätzen. Aber im Begriff Basisdemokratie steckt ja auch, wie Joachim Gauck es gesagt hat, die Ermächtigung des Menschen zur Teilhabe an der Gesellschaft. Das ist eine Tradition der Grünen, die eine neue Aktualität bekommen hat.

#### Gibt es etwas, das Sie aus dem Prozess von damals für heute gelernt haben? Dass Ihnen besonders wichtig ist?

**Birther:** Es gibt eine Sache, die wir nach wie vor nicht aus dem Blick verlieren sollten:

Wie stark sind Ostdeutsche an entscheidenden Positionen vertreten?

**Trittin:** Wir haben versucht, das vorzuleben. Derzeit haben wir eine so breite Repräsentanz Ostdeutscher in Führungsebenen wie keine andere Partei.

**Birther:** Aber wir müssen noch mehr tun: Schauen Sie die überregionalen Medien an, die Verbände, die Kirchen, die Gewerkschaften. Überall können Sie Leute aus dem Osten mit der Lupe suchen. Nur 1,7 Prozent aller Spitzenpositionen sind von Ostdeutschen besetzt. Die Wirkung dieser Tatsache für das deutsch-deutsche-Binnenverhältnis wird bis heute unterschätzt.

**Trittin:** Ich habe noch etwas ganz Entscheidendes gelernt. Es hört sich banal an, aber ermöglicht in meinen Augen erst die eigene Weiterentwicklung: Es ist gut, sich auf andere Erfahrungen und auf andere Hintergründe einzulassen. Zuzuhören.

**Birther:** Ja, das unterschreibe ich. |

ANZEIGE

FÜR UNSERE  
GESUNDHEIT  
FEIERT HEBAMME LINDA  
JEDEN TAG GEBURTSTAG.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter [www.pkv.de/linda](http://www.pkv.de/linda)

IHRE PRIVATEN  
KRANKENVERSICHERER



# „DIE GRÜNEN SOLLTEN UNS SICHTBAR MACHEN“

Oktober 1983: Erich Honecker lädt grüne Politiker\*innen zum Gespräch in die DDR ein.

Die **Gruppe um Petra Kelly** sagt zu – unter der Bedingung, Kontakt zur Opposition aufnehmen zu dürfen. **Reinhard Weißhuhn**, Gründungsmitglied der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, über den **Beginn einer Freundschaft**.



Der 9. November 1989 war ein Tag, der in die deutsche Geschichte einging. Ohne den Mut vieler Bürgerrechts-, Umwelt- und Friedensaktivist\*innen wäre die friedliche Revolution nicht denkbar gewesen. Reinhard Weißhuhn war damals eine der prägenden Personen der DDR-Opposition.

**Herr Weißhuhn, können Sie sich an Ihre erste Begegnung mit westdeutschen Grünen-Politiker\*innen erinnern?**

Das muss 1984 gewesen sein, ein geheimes Treffen mit Petra Kelly und Gert Bastian, die damals für die Grünen im Bundestag saßen. Von unserer Seite waren etwa zehn Leute da. Die Stimmung war freundschaftlich, wir tranken Bier, duzten uns natürlich, einige kannten Kelly und Bastian bereits. Die Grünen erzählten, was bei ihnen in der Partei los ist, mit wem sie sich streiten. Und wir erzählten, mit wem wir uns streiten. Das Treffen muss in der Wohnung von Gerd Poppe oder in der von Martin Böttger in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße stattgefunden haben. Es war natürlich kein offizieller Termin, sondern eine quasi illegale Begegnung. Ich formuliere das so, weil die Staatssicherheit selbstverständlich davon wusste.

**Warum schritt die Stasi nicht ein?**

Weil die DDR die Grünen brauchte, denn die Partei gehörte ja mehr oder weniger direkt zur Friedensbewegung, die gegen den Nato-Doppelbeschluss, also die atomare Aufrüstung des Westens, kämpfte. Und so lange es Aussicht zu geben schien, dass diese Aufrüstung verhindert werden könnte, wurden die Grünen von der DDR-Regierung mehr als nur geduldet.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bewertete die Aktivitäten der Grünen damals als ein „Doppelspiel“, mit dem offensichtlich negative politische Wirkungen für die DDR ausgelöst werden sollten: „Förderung und Unterstützung feindlich-negativer Kräfte; Ermunterung derartiger Kräfte zu weiteren Aktivitäten im Sinne einer inneren politischen Opposition und politischer Untergrundtätigkeit“.

„Bundestagsabgeordnete wurden an der Grenze nicht kontrolliert und konnten Koffer voll Bücher und Zeitschriften mitbringen, das war der Stasi egal. Weniger egal – aber wertvoller für uns – war der Schmuggel von Druck- und Kopiergeräten.“

Reinhard Weißhuhn

## GRÜNE HALTUNG



### MUT HABEN



Die friedliche Revolution 1989 hat gezeigt: Selbst politische Verhältnisse, die in Stein gemeißelt wirken, können sich über Nacht ändern – ein Staat löst sich auf und mit ihm Autoritäten, Machtverhältnisse und Strukturen. Ereignisse, die den Auftakt für unseren Zusammenschluss markieren, eine gute Nachricht, die wir nicht oft genug erzählen können: **Wir dürfen an die Machbarkeit des Unmöglichen glauben und brauchen scheinbar übermächtige Gegner nicht zu scheuen.** Es ist zugleich eine Mahnung: Nichts ist selbstverständlich. Unsere Demokratie und das heutige Europa sind als Friedensprojekte entstanden. Aber gerade ziehen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit neue Mauern hoch – in Köpfen und zwischen Staaten, gefühlt und real. Jetzt gilt es, Haltung zu zeigen. Mit unserer gemeinsamen Geschichte im Rücken und unserer Grunderfahrung, auf massive Veränderungen, damals wie heute, klug, beharrlich, besonnen zu reagieren.

**Wie begann der Kontakt zwischen Ihrer Oppositionsgruppe und den Grünen?**

Den ersten Schritt mussten natürlich die Grünen machen, weil das von unserer Seite aus ja nicht möglich war. Das lief über Telefongespräche. Die erste Reise von Petra Kelly und anderen in die DDR war dann im Mai 1983.

Am 12. Mai 1983 demonstrierte eine kleine Gruppe grüner Politiker\*innen, darunter vier Bundestagsabgeordnete, auf dem Alexanderplatz in Ostberlin. Einige Tage zuvor hatte Petra Kelly im Bundestag erklärt: „Wir stehen nicht allein, sondern zusammen mit unseren Freunden in der DDR.“ Die Grünen entrollten Transparente mit Aufschriften wie „Schwerter zu Pflugscharen“, dem in der DDR verbotenen Symbol der Friedensbewegung. Nach wenigen Minuten wurden sie verhaftet, aber schnell wieder freigelassen.

**Hat Ihre Gruppe damals Aktionen wie jene auf dem Alexanderplatz begrüßt?**

Ja, wir hatten sie mit den Grünen sogar abgesprochen. In unserer Szene war das Ganze aber nicht unumstritten, denn „demonstrative Akte“ erzeugten oft Gegenreaktionen. Wir fanden auch richtig, dass die Grünen-Abgeordneten um Kelly und Bastian im Oktober 1983 einer offiziellen Einladung von Erich Honecker zu einem Gespräch folgten. Denn die Grünen hatten es unter anderem zur Bedingung gemacht, bei diesem Besuch auch Oppositionsgruppen offiziell treffen zu dürfen. Unsere zum Beispiel. Es ging darum, uns sichtbar zu machen.

Die Grünen-Delegation forderte von Honecker zudem das Ende der Unterdrückung der Friedensbewegung, einseitige Abrüstungsschritte, Besuchsmöglichkeiten bei politisch Inhaftierten und deren Freilassung. Noch am gleichen Abend traf sich die Gruppe mit Angehörigen der DDR-Opposition und berichtete von Honeckers Zusage, die Bürgerrechtsaktivistin Katrin Eigenfeld aus der Haft zu entlassen. Sie kam am nächsten Tag frei.

Bei dem Treffen legten die Grünen Honecker auch einen deutsch-deutschen „Friedensvertrag“ vor, den sie spontan auf einem Stück Pappe aufgesetzt hatten. Bis auf einen Punkt – den Einsatz für einseitige Abrüstung –





JEANETTE HOFMANN

„Gesellschaftlicher Wandel findet immer statt; was man sich wechselseitig zumutet, ändert sich fortwährend. Bei der Fusion von Bündnis 90 und den Grünen hat man sich viel Zeit für den Prozess der Annäherung gelassen, obwohl der Handlungsdruck in Zeiten der Wiedervereinigung so groß erschien. Auch heute spüren wir einen großen Bewältigungsbedarf, weil der digitale Wandel so schnell vonstatten geht, wir die Folgen unserer Entscheidungen aber schlecht einschätzen können. Man könnte von damals lernen, die Gegenwart als experimentelle Phase wahrzunehmen, in der es sinnvoller ist, Regelungsprozesse zu definieren anstatt starrer Regeln, die auf unerwartete Folgen nicht immer angemessen reagieren können. Welche Prinzipien und Werte sollen den Digitalisierungsprozess prägen? Wie einigen wir uns als Gesellschaft darauf, wie wir das Internet nutzen wollen?

Sinnvoll wäre es, Normen zu formulieren und diese immer wieder daraufhin zu überprüfen, ob sie ihre Ziele erreichen oder unerwünschte Nebeneffekte erzeugen. Wir haben zum Beispiel alle unterschätzt, wie sehr der Umstand, dass man im Netz sein Gegenüber nicht sieht, zu einer Entzivilisierung der Umgangsformen führt. Hier können und sollen wir Regeln aufstellen, wobei ich glaube, dass ein ziviler Ton nicht allein gesetzlich von oben nach unten verordnet werden kann. Genauso wichtig sind gesellschaftliche Normen, die sich ausprägen und auch die digitale Kommunikation erobern. Dieser Prozess fordert uns alle – Gesellschaft, Wirtschaft, Politik.“

Die Politikwissenschaftlerin Jeanette Hofmann, Professorin für Internetpolitik an der Freien Universität Berlin, forscht zu den Themen Global Governance, Regulierung des Internets und digitaler Wandel.



**unterschrieb Honecker den Vertrag sogar. Was hatte die DDR-Friedensbewegung von solchen Aktionen?**

Diese „persönlichen Friedensverträge“ hatten eine Bedeutung für unser Selbstverständnis und unsere Selbstbehauptung, die nicht unterschätzt werden sollte. Sie zeigten, dass zwar die beiden deutschen Regierungen, nicht aber die Völker verfeindet waren, und dass Probleme zwischen den Blöcken nur miteinander gelöst werden konnten. Weil auch Honecker einen solchen Vertrag unterschrieben hatte, konnte die DDR obendrein nicht mehr so willkürlich mit uns umspringen, wie sie wollte.

**In den folgenden Jahren verfestigte sich der Kontakt zwischen den Grünen und Ihrer Gruppe dann. In einem Stasi-Bericht von 1986 heißt es: Die Grünen „reisten öfter nur zu dem Zwecke ein, um sich mit Vertretern des harten Kerns des politischen Untergrunds zu treffen. Dabei schleusten sie größere Mengen Agitationsmaterial ein.“**

Bundestagsabgeordnete wurden an der Grenze nicht kontrolliert und konnten Koffer voll Bücher und Zeitschriften mitbringen und illegale Zeitschriften aus dem Osten in den Westen bringen, das war der Stasi egal. Weniger egal – aber wertvoller für uns – war der Schmuggel von Druck- und Kopiergeräten. Die waren so sperrig, dass sie in Autos versteckt werden mussten. Wir benutzten zum Beispiel Wachsmatrizen, die mit Drucker-schwärze eingefärbt wurden, ein damals schon uraltes Verfahren. Ohne diese praktische Hilfe wäre vieles nicht bekannt geworden, weder im Westen noch erst recht im Osten.

*In der Folge reagierte die DDR auf die aus ihrer Sicht subversiven grünen Kontakte zur Opposition: Zwischenzeitlich waren die Grünen die einzige im Bundestag vertretene Partei, die mit einem Einreiseverbot für alle ihre Mitglieder belegt wurde.*

**An welches Treffen mit den Grünen erinnern Sie sich besonders gern?**

Im November 1989, kurz nach dem Fall der Mauer, saßen wir bei Ulrike und Gerd Poppe, Gründungsmitglieder der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, in der Wohnung. Ich an der Schreibmaschine, Kelly neben mir; wir überlegten, wie wir eine Einladung an den Dalai Lama formulieren könnten. Kelly hatte ja engen Kontakt zu ihm und wir wollten ihn in die DDR einladen. Nur wie spricht man ihn an? Eure Seligkeit? Eure Heiligkeit? Wir hatten keine Ahnung. Kelly half uns. Ein paar Tage später, am 6. Dezember, kam der

Dalai Lama dann tatsächlich nach Ost-Berlin und traf einige aus unserer Gruppe.

**Haben Sie 1987 gefeiert, als die Grünen bei den Wahlen in Westdeutschland wieder in den Bundestag einzogen?**

Gefeiert ist stark übertrieben. Wir haben mit ihnen sympathisiert, das schon, aber die Grünen waren ja eine durchaus heterogene Partei. Mit den Fundis hatten wir ein eher kühles Verhältnis, mit den Realos auch. Nur mit der kleinen, aber prominenten Gruppe um Kelly waren wir ernsthaft befreundet. Sie mussten sich gegen Widerstände innerhalb ihrer eigenen Partei durchsetzen, denn nicht alle Grünen hielten einen Konfrontationskurs gegen die DDR-Regierung für sinnvoll.

**Werner Schulz, der bekannte DDR-Bürgerrechtler und spätere Grüne, hat in einem Interview über die damalige Zeit gesagt: „Wir“, damit meinte er die DDR-Opposition, „hatten plötzlich, allein auf totalitärer Flur, aktive Verbündete. Das ist unheimlich wichtig gewesen. Das vergisst man im ganzen Leben nicht.“ Was haben – andersherum gefragt – die Grünen der Opposition in der DDR zu verdanken?**

Wir haben dem späteren gesamtdeutschen Bündnis ein Profil verpasst, das bis heute hält. Während die westdeutschen Grünen bei der Bundestagswahl 1990 an der Fünfprozenthürde scheiterten, schafften wir es damals ins Parlament mit unserem gerade neu gegründeten Bündnis 90/Grüne – BürgerInnenbewegung (ein Zusammenschluss aus verschiedenen DDR-Oppositionsgruppen und der Grünen Partei in der DDR, Anm. d. Red.). Wir haben dann die Menschenrechts- und Wertepolitik ins Zentrum unseres Handelns gestellt. Und diesem Profil sind die Grünen dann nach der Fusion 1993 und dem Wiedereinzug in den Bundestag 1994 gefolgt. Wir waren wie der Zucker im Tee, so ähnlich hat das Werner Schulz einmal formuliert. |

**REINHARD WEISSHUHN**

*ist 1951 in Dresden geboren. Er gehörte in Ostberlin zum kleinen Kreis der unabhängig von der Kirche agierenden Opposition. Er war Teil der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, die sich nach dem Mauerfall mit anderen Gruppen zum Bündnis 90 zusammenschloss. Zudem war er Mitautor des Grundkonsenses von Bündnis 90/ Die Grünen. Später arbeitete er im Bundestag für Gerd Poppe und Joschka Fischer.*

Interview: Christoph Cadenbach; Foto: Wolfgang Stahr; Illustrationen Grüne Haltung; Maxim Basinski und Becris von the Noun Project

# „WIR MÜSSEN WIEDER DEN MUND AUFMACHEN“

Der Fall der Mauer hat gezeigt: **Alles ist möglich**, nichts so stabil wie es scheint. Das gilt noch heute. **Ska Keller** und ihr **Appell**: Kämpft für Europa!



Protokoll: Julia Decker; Foto: European Union, 2018

Die Wende habe ich als Kind erlebt – wirklich verstehen, was politisch und gesellschaftlich passierte, konnte ich damals nicht. Aber ich erinnere mich an einen Moment, der mich stark geprägt hat: Wie meine Familie begeistert die ersten freien Wahlen im Jahr 1990 verfolgt und gefeiert hat. Wir saßen alle zusammen gebannt vor dem Fernseher – es war ein großes Fest. Deshalb sind Wahlen für mich enorm wichtig. Noch nie

in meinem Leben habe ich eine Wahl verpasst, egal ob für das Europaparlament oder den Stadtrat. Ich bin in Guben in der Nähe der polnischen Grenze aufgewachsen. Dort habe ich erfahren, was es heißt, wenn eine Grenze plötzlich durchlässig wird. Zwischen Gubin und Guben muss heute niemand mehr einen Ausweis zeigen. Das hat die Städte zusammenwachsen lassen. Das ist für mich Europa: das Überwinden von alten Grenzen.

Meine Herkunft macht mich für manche Dinge empfindlich. Mich stört es zum Beispiel, wenn über deutsche Geschichte gesprochen und gesagt wird „Adenauer, der frühere deutsche Kanzler“. Ich sage dann: „Halt Moment, das war der Kanzler der Bundesrepublik.“ Das irritiert Westdeutsche oft. Ich möchte nicht wie eine Besserwisserin klingen, aber ich finde es wichtig, die Gesellschaft zu sensibilisieren – ostdeutsche Geschichte ist nicht nur ein Anhängsel. Außerdem bedeutet mir individuelle Freiheit sehr viel. Bei den Grünen reden wir gerne über das Gemeinwohl und die Verantwortung für die Gemeinschaft. Das unterstütze ich – aber wir müssen den Menschen als Individuum sehen und nicht nur als Teil eines Kollektivs.

Die aktuelle Lage macht mir Sorgen, was die Zukunft der Demokratie betrifft: Wird es genug Leute geben, die sich engagieren, die gegen den Verfall der Demokratie aufstehen? Oder läuft es auf einen Autoritarismus hinaus? Es ist erstaunlich: Die Mehrheit der Europäer\*innen findet die Demokratie gut und wichtig. Aber die wenigsten machen den Mund auf. Es gibt eine Minderheit, die sich gegen Demokratie, gegen Freiheit und gegen Europa wendet. Und das artikulieren diese Wenigen sehr laut und deutlich und ganz klar. Dem müssen wir unbedingt etwas entgegensetzen, sonst wendet sich der Diskurs in eine gefährliche Richtung!

Genau das können wir momentan in Deutschland beobachten: Die Debatte verschiebt sich nach rechts. Die CSU und Teile der CDU denken, dass sie Stimmen gewinnen, wenn sie die Rechtsnationalen kopieren. Das ist ein großes Problem, denn in der Folge werden die Menschenrechte ausgehöhlt. Gefahr droht aber nicht nur den Rechtspopulisten, die sich ganz offensichtlich gegen Demokratie wenden. Wenn die Konservativen nach rechtsaußen driften und auch die Sozialdemokraten ihre Ausrichtung anpassen, werden dieser Rechtaußendiskurs und das anti-liberale Denken immer normaler. Das ist die eigentliche Bedrohung für Europa! Diese Verharmlosung des Rechtsdiskurses – die Gefahr kommt nicht von Putin oder Trump, sie kommt aus dem Innern Europas.

Wir dürfen uns an den Rechtsruck des Diskurses nicht gewöhnen. Wir müssen immer wieder sagen: „Nein, es ist nicht in Ordnung, so zu sprechen! Nein, diese Ansichten zu Flüchtlingen sind für uns nicht normal. Und nein, wir gewöhnen uns nicht an euren



Böll.Thema – Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung, Ausgabe 2/2018

## Demokratie braucht Feminismus

Juni 2018, 40 Seiten



Frauen haben sich in den vergangenen Jahrhunderten viele Rechte erkämpft. Doch die Emanzipation von der patriarchalen Geschlechterordnung ist noch lange nicht geschafft. Die gute Nachricht: Feminismen sind auf dem Vormarsch. Frauen\* erkämpfen sich immer neue Räume, um ihre Anliegen weltweit öffentlich zu machen: Sie wollen für gleiche Arbeit genauso viel wie ihre Kollegen verdienen, sie pochen auf ihre sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung.

Das neue Heft informiert über die Strömungen des Feminismus und greift aktuelle Debatten und Entwicklungen auf.

**Jetzt auch als Webmagazin**

Im Netz lesen, downloaden oder bestellen:  
[boell.de/thema](http://boell.de/thema)

**Podcastreihe**

## Our Voices, our Choices



Hier werden Geschichten über Frauen- und LGBTI-Rechte erzählt: von Menschen, deren Stimme nicht oft gehört wird, und deren Rechte eingeschränkt werden.

[boell.de/podcasts](http://boell.de/podcasts)

[www.boell.de](http://www.boell.de)

Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstr. 8, 10117 Berlin

ANZEIGE

Ton.“ Das ist manchmal anstrengend, aber es ist auch sehr wichtig. Denn wenn die Demokratie kontinuierlich schlechtgeredet wird, dann bleibt das hängen! Und es hat Folgen: Über die Vorteile der Demokratie wird nicht mehr gesprochen – sie werden kaum noch wahrgenommen. Deswegen wollen wir eine Alternative anbieten. Mein Vorschlag: mehr Demokratie! Die Europäer\*innen mehr mitentscheiden zu lassen. Nicht nur die Demokratie ist ein „Patient“, auch Europa ist in keiner guten Verfassung. Man könnte sagen, das liege an der AfD. Aber das ist zu kurz gegriffen. Auch an der Stimmungsmache der CSU, die nach rechts hinterhergeht, trägt dazu bei – besonders beim Umgang mit Geflüchteten.

Den tatsächlichen Einfluss von Aussagen der Spitzenpolitiker\*innen auf die Bevölkerung dürfen wir nicht unterschätzen. Wenn sie behaupten, Flüchtlinge müsse man nicht mehr retten, dann ist das eine neue Ansage. Wenn sie die Grenzen schließen, dann hat das Folgen für den Charakter Europas. So wird das fatale Signal ausgesendet: Europa hilft Menschen in Not nicht mehr. Wenn Rettungsboote davon abgehalten werden zu retten und so selbst Menschenleben in Frage gestellt werden, macht das deutlich, das sich nicht nur der Diskurs nach rechts verschoben hat. Noch vor einigen Jahren waren Forderungen, Rettungsboote abzuweisen, zum Glück nicht möglich. Es geht also um viel mehr als nur um

**SKA KELLER**

ist Abgeordnete im Europäischen Parlament und Ko-Vorsitzende der grünen Fraktion. Sie war Mitglied des Bundesvorstands der Grünen Jugend und Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in Brandenburg, außerdem war sie Vorsitzende der Europäischen Grünen Jugend. Zur Europawahl 2014 war Keller Spitzenkandidatin der Europäischen Grünen Partei. Sie ist in Guben geboren und lebt in Brüssel und Berlin.

Populismus. Wir erleben gerade, wie in Europa wieder rechtsnationale Politik gemacht wird!

Dennoch bin ich überzeugt: Wir können diese Entwicklung aufhalten! Wir können genügend Europäer\*innen in Bewegung setzen. Wir müssen noch mehr davon überzeugen, dass sie sich äußern müssen, dass sie selbst aktiv werden müssen. Für ihre eigenen Rechte als Bürger\*innen – und für die von anderen. Für die Demokratie und für Europa können wir alle etwas tun. Auch im Privaten: Zum Beispiel auf der Familienfeier widersprechen, wenn jemand sagt, was alles schlecht sei in Europa und mit der Demokratie! Für mich gilt der alte Spruch: Demokratie muss man jeden Tag neu erkämpfen. Lasst es uns gemeinsam anpacken! |

GRÜNE HALTUNG



MITMACHEN



Unsere Mitglieder bestimmten in den Jahren 2013 und 2017 in Urwahlen ihre Spitzenkandidat\*innen für die Bundestagswahlen.

Immer wieder Pionier politischer Beteiligungsformen zu sein, gehört seit Anbeginn zu unserem bündnisgrünen Selbstverständnis. Offline genauso wie online. Mit unserem digitalen Mitmach-Instrument „Beteiligungsgrün“ geben wir unseren Mitgliedern, ganz egal wo sie sind, die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen. Die Resonanz? Unsere Mitgliederzahl ist so hoch wie nie, das Durchschnittsalter unserer Mitglieder das niedrigste aller Parteien. Und keine andere Partei in Deutschland hat mehr Frauen in ihren Reihen. **Mitmachen, mitbestimmen und mitgestalten. Weil die unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen unseren Bündnisgedanken lebendig machen.**

# „RICHTIGE IDEEN SETZEN SICH DURCH“

Helmut Müller-Enbergs war Anfang der 1990er-Jahre Mitglied im Landesvorstand von „Bündnis 90“ und Pressesprecher der Fraktion „Bündnis 90“ im Landtag Brandenburg. Ein Rückblick auf turbulente demokratische Aufbaujahre.

Protokoll: Philipp Hauner; Foto: Wolfgang Stahr

Unübersichtlich – mit diesem Wort lässt sich die politische Situation im Land Brandenburg nach der Herbstrevolution 1989 wohl am ehesten beschreiben. Das war natürlich eine extrem spannende Zeit, für mich als Politologen und politisch engagierten Menschen besonders. Aber der Reihe nach: Als Student an der Freien Universität in Westberlin bin ich im Mai des Jahres 1987 der „Alternativen Liste“ beigetreten. Die Liste war ein Wahlbündnis, das sich für Basisdemokratie und Umweltschutz einsetzte – und wurde in Kreuzberg gegründet. Gewissermaßen war sie das Westberliner Vorläufermodell der Grünen.

Natürlich machten wir uns innerhalb der Partei auch Gedanken, wie wir demokratische Gruppen in der DDR, wie zum Beispiel das „Neue Forum“, unterstützen konnten. Unser Ansinnen entpuppte sich aber rasch als schwieriges Unterfangen. Denn im „Neuen Forum“ gab es Befürchtungen, dass die Parteioberen der SED die sogenannte ‚westliche Einflussnahme‘ nicht gutheißen würden. Doch immerhin: Lose Kontakte waren geknüpft. Parallel dazu bestand bei mir eine andere, stärkere Verbindung zu den Menschen in der DDR. Zusammen mit meiner Frau habe ich regelmäßig Angehörige von Gefangenen im „Lindenhotel“ besucht, einer Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Potsdam.

Die Herbstrevolution kam für uns alle überraschend. Kaum hatte ich im August 1989 meine Diplomarbeit über das „Mandat des Intellektuellen in der DDR“ an der Freien Universität in Westberlin fertig geschrieben, rumorte es ‚drüben‘. Verschiedene Gruppen der Bürgerbewegung traten plötzlich lautstark ans Tageslicht. In Westberlin haben wir aufmerksam reflektiert, was da in der DDR los war. Wir waren trotzdem überrascht, als alles dann doch so schnell ging.

Ein wichtiger Akteur in der damaligen Umbruchzeit war „Demokratie Jetzt“, dem ich mich im Januar 1990 anschloss. Diese ostdeutsche Bürgerbewegung machte sich für eine soziale und ökologische Ausrichtung der Marktwirtschaft stark. Alles natürlich vor dem Hintergrund des großen Ziels einer solidarischen Gesellschaft. Auch die Auffassung, dass nur ein gemeinsames Deutschland eine Perspektive haben würde, wurde von nahezu allen Mitgliedern geteilt. Nebenbei erwähnt: Dass das „Lindenhotel“ inzwischen die Zentrale für Bürgerbewegungen in Brandenburg geworden war, feierten wir alle als einen Riesentriumph.

Die alte DDR könne es alleine nicht schaffen. Und: Wozu auch zwei demokratische Deutschlands? Mit diesem Standpunkt waren wir damals eher in der Minderheit. Längst nicht alle Spitzen der demokratischen Bürgerbewegung, die ja aus mehreren Einzelgruppen bestand, wollten anfangs ein geeintes Deutschland. Bis weit ins Frühjahr 1990 hinein war dieser Ausblick kein Konsens – vielerorts sprach man hingegen von einem „anderen Deutschland“, wenn man die Zukunft der DDR meinte.

Doch der 3. Oktober 1990 besiegelte mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik absehbar alle Visionen einer eigenständigen Verfassung. Bereits zuvor entstand ein neues Problem in der DDR: Überall tauchten „Besser-Wessis“ auf, die meinten, die richtigen Lösungsansätze gepachtet zu haben. Ich konnte damit nichts anfangen – ich verstand mich eher als teilnehmenden Beobachter. Aber auch die neue Parteienlandschaft war mit CDU, SPD und FDP stark von den „Besser-Wessis“ geprägt. Das „Wahl-Bündnis 90“ blieb hingegen weitgehend eigenständig. Es hatte sich gerade als Zusammenschluss von Teilen des „Neuen Forums“, der „Initiative Frieden und Menschen-



INGO SCHULZE

„Im Herbst 1989 war eine Woche eine Ewigkeit. Jeden Tag, beinahe jede Stunde geschah etwas, das ich kurz vorher kaum für möglich gehalten hatte. Ich bin froh, bisher zumindest ein Mal erlebt zu haben, dass sich tatsächlich in kürzester Zeit alles ändern kann – und zugleich die Erfahrung gemacht zu haben, dass manches über Nacht Erreichte auch in kürzester Zeit wieder verloren gehen kann. Unsere Auffassung von Freiheit bezog die Ökonomie selbstverständlich mit ein. Die entscheidende Frage war: Wie gehen wir nach der Eroberung der politischen Freiheiten mit der Wirtschaft um, wie eignen wir uns unser ‚Volkeigentum‘ nun tatsächlich an? Selbstverständlich sah ich die Zukunft in einem demokratischen Sozialismus.“

Auch wenn die Auswirkungen von ’89 einschneidender waren als jene der Revolte von ’68, so sind beide Aufbrüche in ihren Absichten gar nicht so unähnlich. Es ging um mehr Freiheit, es ging um eine Demokratisierung der Gesellschaft und um soziale Gerechtigkeit. Das Problem ist, dass sowohl ’68 wie ’89 heute musealisiert werden. In der Öffentlichkeit werden die Forderungen von damals als etwas angesehen, das sich erledigt hat, bestenfalls sind es schöne Schmetterlinge unter Glas. Dabei sind die Konflikte von damals heute nicht veraltet, nur vergrößert durch den technologischen Fortschritt samt Digitalisierung.“

Ingo Schulze, deutscher Schriftsteller (\*1962 in Dresden), wurde für seinen aktuellen Roman „Peter Holtz – sein glückliches Leben erzählt von ihm selbst“ 2017 mit dem Rheingau Literatur Preis ausgezeichnet.







## RAJ KOLLMORGEN

„Nach wie vor neigt man gerade im Westen dazu, Westdeutschland als ‚normal Null‘, als Maß aller Dinge zu betrachten. Daran muss sich der Osten immer bewähren und beweisen. Alle Abweichungen von der vermeintlichen Norm werden als fremd, exotisch oder defizitär wahrgenommen. Wenn man die soziale Ungleichheit, die es zwischen Ost und West nach wie vor gibt, bearbeiten will, ist es wichtig, von dieser asymmetrischen Urteilsbildung wegzukommen. Wir sollten einerseits die spezifisch ostdeutsche Transformationserfahrung, die sich in besonderen Lebensführungen und anderen Orientierungen widerspiegelt, ernster nehmen und als legitime Ressource gesellschaftlicher Entwicklung anerkennen.“

Andererseits werden die jeweiligen Erfahrungsräume und Einstellungen durch sozial-strukturelle Positionen geformt: Im Westen findet man ein breites, relativ gut situiertes bürgerliches Milieu, das sich politisch gerne einmischt. Im Osten kommt es vielen Menschen mit einer eher ‚arbeiterlichen‘ Prägung weniger darauf an, sich selbst zu organisieren. Sie wollen rasche Resultate effizienten Regierungshandelns. Aber diese Sicht verändert sich gerade durch die neuen Generationen mit einem veränderten Selbstbewusstsein. Junge Ostdeutsche entwickeln alternative Vorstellungen eines gelingenden Lebens, die nicht mehr den klassischen Zielen der westdeutschen Mittelschicht hinterherrennen, sondern die gerade im ländlichen Raum eigene Arbeits-, Sozial- und Lebensmodelle entwickeln und praktisch erproben.“

Raj Kollmorgen, Professor für Sozialwissenschaften an der Hochschule Zittau/Görlitz, forscht unter anderem über sozialen Wandel, die deutsche Einheit und den ostdeutschen Umbruch.



rechte“ und „Demokratie Jetzt“ frisch konstituiert. Vor allem, weil man zum Schluss gekommen war, dass es Irrsinn gewesen wäre, eine weitere Zersplitterung der ohnehin kleinen bürgerbewegten Gruppen in Kauf zu nehmen. Und so zogen wir als „Bündnis 90“ nach der Brandenburger Landtagswahl am 10. Oktober 1990 mit sechs Abgeordneten in den neuen demokratischen Landtag ein. Ohne die Grünen, die es nicht geschafft hatten.

Warum gingen wir im Land Brandenburg nicht schon im Vorfeld der Wahl mit den Grünen zusammen? Diese Entscheidung war in zwei Beobachtungen begründet: Zum einen gab es unterschiedliche politische Akzente und mit bekannten Gesichtern aus der bürgerbewegten Szene auch charismatische Persönlichkeiten. Zusätzliche Akteure wären also eher kontraproduktiv gewesen. Zum anderen blickte man skeptisch auf die recht offensive Streitkultur zwischen Fundis und Realos bei den westdeutschen Grünen.

Und doch blieb es auch alleine schwierig, oder, um beim eingangs erwähnten Schlagwort zu bleiben, unübersichtlich. Denn obwohl die Fraktion sehr klein war, waren die politischen Differenzen unter den einzelnen Parlamentarier\*innen nicht klein. Als damaliger Pressesprecher von „Bündnis 90“ durfte ich die Devise gestalten, dass jeder Abgeordnete sein eigenes Themenfeld definieren sollte und andere sich da raushalten sollten. Das Ganze irgendwie als geschlossenes Konzept nach außen zu kommunizieren, war eine spannende Aufgabe.

Doch die scheinbar friedliche Koexistenz währte nicht lange. Spätestens als die Debatte, wie man mit dem politischen Engagement von ehemaligen Mitarbeiter\*innen der Stasi umgehen sollte, im Herbst 1991 an Fahrt aufgenommen hatte, traten die unterschiedlichen Vorstellungen deutlich hervor. Doch wie diese Diskussion führen, wie jetzt politisch überleben? Um nicht auseinanderzubrechen, brauchten wir Hilfe von außen.

## HELMUT MÜLLER-ENBERGS

ist Politologe und wissenschaftlicher Referent beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Er gilt als einer der versiertesten Experten zu Inoffiziellen Mitarbeitern, Spionage und Spionageabwehr sowie der Nachrichtendienst-Psychologie in der ehemaligen DDR.

Auch aus finanziellen und organisatorischen Gründen war nun ein Zusammenschluss mit den Grünen geboten. Und dieser Zusammenschluss kostete uns auch erst einmal wichtige Protagonisten: Matthias Platzeck wechselte zur SPD, Günter Nooke in die CDU. Wir waren zur Blutkonserve für andere, größere Parteien geworden. Diese konnten mit gewichtigen Posten in der Landesregierung aufwarten und boten daher einen größeren Gestaltungsspielraum. Nach dem Zusammenschluss dauerte es drei Legislaturperioden, bis Grün im Jahr 2009 wieder eine Farbe im Landtag wurde. Ein bitterer, aber notwendiger und unausweichlicher Prozess – anders hätte das „Bündnis 90“ keinen Fortbestand gehabt.

Endlich hatten wir unser schwer haftendes Etikett einer Partei der vielen internen Diskussionen abgelegt. Jetzt überwog der Eindruck, dass wir ein gutes Angebot haben, gute Lösungen anbieten und nicht mehr so sehr in der Vergangenheitsaufarbeitung gefangen waren. Der pragmatische Ansatz von „Bündnis 90“ hatte also Raum gegriffen.

Was ich aus diesen turbulenten Zeiten mitnehme? Die Erkenntnis, dass nichts statisch ist – und sich immer etwas verändert. Das mag banal klingen, ist es aber nicht. Denn daraus folgt, dass gute und richtige Ideen sich irgendwann auch durchsetzen können. Man muss nur gemeinsam dranbleiben und weiter den Boden für Veränderung bereiten. Und dabei viel Geduld haben. |

„Nach dem Zusammenschluss dauerte es drei Legislaturperioden, bis Grün im Jahr 2009 wieder eine Farbe im Landtag wurde. Ein bitterer, aber notwendiger und unausweichlicher Prozess – anders hätte das ‚Bündnis 90‘ keinen Fortbestand gehabt.“

Helmut Müller-Enbergs





# „ES IST WICHTIG, NEUE ALLIANZEN ZU SCHMIEDEN“

Harvard-Professor **Daniel Ziblatt** untersucht, was Demokratien bedroht. Ein Gespräch über Deutschland, seine **Erlebnisse als Austauschstudent** in Zeiten der **Wiedervereinigung** – und was er Parteien aktuell rät.

INTERVIEW: GERO GÜNTHER



*Eigentlich forschen Daniel Ziblatt und sein Kollege Steven Levitsky über den Niedergang von Demokratien in Europa und Südamerika. Sie beschäftigen sich mit der Frage, wie Mussolini, Franco, Pinochet oder Perón an die Macht gelangen konnten. Nach dem Regierungsantritt von Donald Trump wandten sich die beiden Harvard-Professoren dem eigenen Land zu. „Wie Demokratien sterben“ heißt ihr viel beachtetes, überraschend nüchternes Buch. Die These: Wenn Demokratien sterben, dann häufig, indem ihre Werte, Institutionen und Verfahren langsam von innen aufgelöst werden. Es braucht also keine Panzer auf den Straßen, um die Freiheit zu ersticken, Demokratien können auch von ihren gewählten Führern zu Fall gebracht werden. Wir baten Daniel Ziblatt, seinen an Trump geschärften Blick wieder auf sein ursprüngliches Studienobjekt Europa und Deutschland zu richten.*

**Herr Ziblatt, Sie haben im Sommer mehrere Wochen lang in München gelebt. Als Gastprofessor an der Ludwig-Maximilians-Universität haben Sie den Asylstreit zwischen Innenminister Horst Seehofer und der Bundeskanzlerin miterlebt.**

Ich bin am Samstag vor der großen „Ausgehetzt“-Demo in die USA zurückgefliegen. Leider habe ich die Kundgebung deshalb verpasst. Aber den Streit habe ich selbstverständlich sehr intensiv mitverfolgt. Themen wie politischer Anstand und populistischer Sprachgebrauch gehören ja zu meinen unmittelbaren Forschungsgebieten. Neben meiner Lehrtätigkeit blieb noch etwas Zeit für eigene Recherchen übrig. Ich habe mit Landräten und CSU-Politikern über die AfD gesprochen und versucht zu verstehen, warum diese Partei derzeit so viel Zuspruch bekommt.

**Sind Sie über das, was Sie da gehört haben, erschrocken?**

Als Steven Levitsky und ich unser Buch über Trump schrieben, war Deutschland für mich so etwas wie ein Gegenpol zu den USA. Ich dachte: Der deutschen Demokratie geht es gut, und das stabile deutsche Parteiensystem ist ein guter Schutz gegen jede Form des Extremismus. Inzwischen habe ich festgestellt, dass das so wohl nicht mehr ganz stimmt.

**Wie würden Sie den Zustand der deutschen Demokratie beschreiben?**

Sie ist sicherlich in einem Stadium der Veränderung begriffen. Der Aufstieg der AfD ist dafür gleichzeitig ein Symptom und eine Ursache. Die Art und Weise, wie die CDU und

insbesondere die CSU mit dieser Partei umgehen, bringt einige Schwächen im System zum Vorschein. Politiker\*innen der konservativen Parteien glauben manchmal, es sei eine geeignete Strategie, die Sprache der Populisten zu imitieren und ihre Ideen für sich in Anspruch zu nehmen. Meiner Meinung nach ist das ein eklatanter Fehler. Trotz allem ist das deutsche Parteiensystem deutlich robuster als beispielsweise das italienische. Und die Mitte-Rechts-Parteien CDU und CSU verhalten sich weitaus verantwortungsvoller als die Republikaner in den USA.

**Woran machen Sie das fest?**

Es gibt einen Lackmustest der Demokratie. Man kann mit ihm bestimmen, welche Politiker\*innen nach den Regeln der Demokratie spielen und welche nicht. Duldet eine Partei Gewalt? Betrachtet sie den politischen Konkurrenzkampf mit Andersdenkenden als legitim? Stellt sie sich hinter die Grundregeln der Verfassung? Wie geht sie mit den Schiedsrichter\*innen um, den Gerichten, der Presse? Das sind die Dinge, auf die es ankommt. Wenn diese Grundsätze verletzt werden, müssen die Institutionen und die Gesellschaft sehr schnell und strikt reagieren. Und bislang werden diese Grenzen nur selten überschritten.

## GRÜNE HALTUNG



## OFFEN SEIN



14. Mai 1993. Die Geburtsstunde einer deutsch-deutschen Partei. Ein Zusammenschluss auf Augenhöhe „in der Verpflichtung auf gemeinsame Grundwerte, einer von gegenseitiger Achtung und Toleranz bestimmten Geisteshaltung und einem davon geprägten Handeln“. Was wir vor 25 Jahren in unserem Grundkonsens festgelegt haben, steht noch immer für unser Selbstverständnis. Wir haben uns bewusst Zeit genommen, um uns aufeinander einzulassen, Vertrauen wachsen zu lassen, zuzuhören. Schon damals keine Selbstverständlichkeit. Noch weniger heute, in einer politischen Kultur, in der es Aufmerksamkeit eher zu gewinnen als zu verschenken gilt. Wir wissen: **Wer Gemeinsamkeiten entdecken und zukunftsfähige Allianzen schmieden will, braucht Offenheit für neue Perspektiven – und die Bereitschaft anzuerkennen, dass auch der andere recht haben kann.**

**Was würden Sie den demokratischen Parteien aktuell raten?**

Ich glaube, dass es sich rächt, wenn Parteien die Themen vernachlässigen, die den Alltag bestimmen. Parteien müssen innovativ und kreativ sein. Sie müssen versuchen zu spüren, was die Wähler\*innen bewegt. Wenn Wähler\*innen sich darüber beschwerten, dass ihre Großeltern bei der medizinischen Versorgung lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen, dürfen nicht Migrant\*innen oder Geflüchtete beschuldigt werden, sondern es muss einfach mehr für Krankenhäuser ausgegeben werden. Man kann die sozialen Spannungen am besten auflösen, indem man die zugrunde liegenden sozialen Probleme wirklich in Angriff nimmt. Demokratien haben eine Art Autokorrektur: Wenn man den Leuten nicht das gibt, was sie benötigen, hören sie auf, an die Urne zu gehen – oder sie wählen Parteien und Kandidat\*innen, die sich nicht an die Regeln halten.

**Lange Zeit ist man davon ausgegangen, dass die Welt immer demokratischer werden würde. Am Ende des Kalten Krieges entstanden zahlreiche neue Demokratien und die politische Stimmung war vielerorts von Hoffnung und Euphorie geprägt.**

Nach dem Jahr 1990 gab es einen riesigen





HELMUT WIESENTHAL

„Gemessen an den Herausforderungen war die Fusion der Grünen mit Bündnis 90 vor 25 Jahren ein gelungener Akt. Die einjährigen Verhandlungen zwischen beiden Partnern verliefen angesichts bestehender Differenzen, zum Beispiel in Sachen Frauenquote und Wirtschaftsordnung, durchaus kontrovers. Umso erfreulicher war die Einigung auf den Assoziationsvertrag. Schon seit 1990 hatten sich etliche westdeutsche Grüne in die neuen Länder aufgemacht, und haben dort beim Aufbau der Partei nicht unwesentlich geholfen. Dabei konnte es nicht ausbleiben, dass auch manche innergrünen Streitthemen in den Osten exportiert wurden. Dem Nebeneinander der recht unterschiedlichen politischen Erfahrungskulturen ist es vielleicht auch geschuldet, dass die Ostgrünen es nicht immer leicht haben, mehr Vertrauen der Wähler\*innen zu gewinnen. Und dennoch: Die organisatorische Vereinigung der beiden ungleichen Erfahrungswelten ist und bleibt ein Glücksfall für alle Beteiligten!“

Helmut Wiesenenthal, Professor für Politikwissenschaft und promovierter Soziologe, hat die Forschungsgruppe „Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern“ an der Humboldt-Universität zu Berlin aufgebaut.



„In den 90er-Jahren habe ich immer wieder über längere Zeiträume in Ost- und Westberlin gelebt. Diese Erfahrungen haben mir die Stärken der Demokratie vor Augen geführt, aber auch den Einfluss verdeutlicht, den historische Hinterlassenschaften auf das Alltagsleben ihrer Bürger\*innen haben.“

Daniel Ziblatt

Zuwachs an Demokratien, aber schon zehn, 15 Jahre später begann man von einer „Rezession der Demokratien“ zu sprechen, wie der Politologe Larry Diamond das nannte. Und seit einigen Jahren entstehen kaum noch neue Demokratien, und jüngst nimmt ihre Zahl sogar eindeutig ab. Zum einen haben einige junge Demokratien an Kraft verloren und drohen in vordemokratische Zustände abzurutschen. Denken wir an Thailand, die Türkei, Ungarn oder Venezuela. Der zweite Trend erscheint mir jedoch noch besorgniserregender. Nämlich, dass etablierte, ältere Demokratien mit den Bedrohungen von rechts nur schwer zurande kommen. Die meisten dieser Demokratien wirken noch stabil, aber wir können eindeutig Veränderungen feststellen. Beispiele für solche Entwicklungen gibt es übrigens auch in der Vergangenheit genügend. Nach dem Jahr 1918, beispielsweise, sind viele neue Demokratien entstanden, und in den 20er- und 30er-Jahren gingen diese wieder drastisch zurück.

**Die deutsche Wiedervereinigung war eine spektakuläre Ausweitung der Demokratie. Wie haben Sie diese Phase der deutschen Geschichte erlebt?**

Ich habe im Jahr 1990 in Baden-Württemberg gelebt und bin dort aufs Gymnasium gegangen. Mitten im Jahr kamen neue Schüler\*innen zu uns, die aus dem Osten stammten. Man spürte Spannungen und Vorurteile auf beiden Seiten. Es gab große kulturelle Unterschiede zwischen den beiden Bevölkerungsteilen. Ich habe mitbekommen, wie die Wiedervereinigung als Übernahme des Ostens durch den Westen kritisiert wurde. Vermutlich wäre ein langsamerer Übergang sinnvoller gewesen. Viele vertraten damals die Ansicht, dass ein riesiger Zeitdruck herrschte und man die Wiedervereinigung praktisch über Nacht bewerkstelligen müsse. Auf diese Weise entstand bei vielen im Osten eine große Unzufriedenheit. Ich habe an den Universitäten miterlebt, wie die Leute aus

dem Osten an den Rand gedrängt wurden. Aus heutiger Perspektive ist klar, dass man sensibler hätte vorgehen sollen. Aber natürlich gab es für diesen Prozess keine historischen Vorbilder und deshalb fällt es mir schwer, den Beteiligten einen Vorwurf zu machen. Deutlich ist, dass zunächst die PDS von diesem Missmut profitierte und heute die AfD. Insofern ist die Wiedervereinigung ganz sicher ein wichtiger Wendepunkt für das deutsche Parteiensystem.

**Haben Ihre Erlebnisse als Austauschstudent in Deutschland Ihr Verhältnis zur Demokratie beeinflusst?**

Ja. Ich bin im Herbst 1990 durch das ländliche Ostdeutschland gereist und habe das unmittelbare Erbe des Kommunismus gesehen. In den 90er-Jahren habe ich immer wieder über längere Zeiträume in Ost- und Westberlin gelebt. Diese Erfahrungen haben mir die Stärken der Demokratie vor Augen geführt, aber auch den Einfluss verdeutlicht, den historische Hinterlassenschaften auf das Alltagsleben ihrer Bürger\*innen haben. Wir sehen diese beiden Kräfte bis heute wirken.

**Was würden Sie einem Jugendlichen entgegen, der nicht zur Wahl gehen will, weil er glaubt, dass die Konzerne mächtiger sind als jede Regierung, für die er wählen kann?**

Ich würde sagen: Du bist sehr schlecht informiert. In unseren Gesellschaften bestimmen immer noch die Regierungen, wo es lang geht. Geh lieber wählen, sonst wird den Großkonzernen wirklich noch erlaubt werden, dass sie sich so aufführen, wie es dir garantiert nicht gefällt. In Demokratien führt Zynismus zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung: Dein Zynismus wird im Endeffekt dafür sorgen, dass deine Ängste Wirklichkeit werden.

**Der Asylstreit hat in Deutschland die Diskussion über Multikulturalismus neu entfacht. Haben es Demokratien in Gesellschaften,**

**die sich aus vielen verschiedenen Kulturen zusammensetzen, schwerer?**

Nein, die beiden gehören zusammen. Multikulturelle Gesellschaften, wie wir sie heute in vielen Regionen der Welt vorfinden, können nur als Demokratien erfolgreich funktionieren. Multikulturalismus bedeutet ja gerade, dass alle über die gleichen politischen Rechte verfügen, unabhängig von ihrem kulturellen Hintergrund.

**Viele Konservative wollen die Tatsache, dass diese Entwicklung unumkehrbar ist, nicht wahrhaben.**

Das ist fatal. Als die kalifornischen Republikaner in den 1990er-Jahren eine Politik gegen die Migrant\*innen führten, wurden sie aufgrund der demographischen Zusammensetzung dieses Staats mit einem miserablen Wahlergebnis bestraft. Seitdem sind sie eine Minderheitspartei in Kalifornien. Auch wenn die Republikaner momentan stark sind, arbeitet die Zeit gegen diese Partei, weil sie fast nur von Weißen gewählt wird. Wenn sie sich nicht öffnen, beispielsweise für konservative Latinos, wird es mit den Republikanern böse enden. Parteien müssen sich diesen gesellschaftlichen Veränderungen stellen und neue Wege gehen.

**Wie kann ein neuer Kommunikationsstil in der Politik aussehen?**

Emmanuel Macron ist ein interessantes Beispiel. Er grenzt sich sehr deutlich von antidemokratischen Tendenzen ab, geht aber auf viele verschiedene gesellschaftliche Gruppen zu. Auch Barack Obama hat es ja beispielsweise geschafft, Wähler\*innen anzusprechen, die ihm zunächst mit großen Vorbehalten begegneten. Mit seinen Ideen und seinem neuartigen Regierungsstil hat er unerwartete Verbündete gewonnen. So etwas könnte auch für die Grünen in Deutschland modellhaft sein. Es ist wichtig, neue Allianzen zu schmieden. Das ist derzeit sicher eine der größten Herausforderungen in der Politik. Die demokratisch gesinnten Gruppen müssen zusammenarbeiten und einander unterstützen, selbst wenn ihre politischen Meinungen sehr unterschiedlich sind.

**Können derartig breite Allianzen nicht auch dazu führen, dass politische Unterschiede verwischt werden?**

Natürlich sind klare Wechsel zwischen Regierungen wichtig, damit die Wähler\*innen wirklich eine Wahl haben und echter politischer Wettstreit stattfinden kann! Aber in einem konsensorientierten System wie in Deutschland sind große Koalitionen ein

normaler, wenn natürlich nicht liebenswerter Bestandteil der Politik. Wenn die Demokratie in eine existentielle Krise gerät, wie es in Europa in den 20er-Jahren der Fall war, müssen politische Gegner, die sich der Demokratie verpflichtet fühlen, gemeinsame Nenner finden, um die demokratische Regierungsform zu verteidigen. In Deutschland besteht eine solche Situation derzeit sicherlich nicht. Aber es ist wichtig, sich in Krisenfällen auf dieses Prinzip zu verständigen.

**Kann die Krise der Demokratie auch eine Chance für das Wiedererstarken der Demokratie sein?**

Absolut. Wenn in München Zehntausende auf die Straße gehen, weil sie die aktuelle Entwicklung als demokratiefeindlich empfinden, dann ist das ein positives Zeichen. 40 verschiedene Organisationen aus ganz verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen haben zu dieser Veranstaltung aufgerufen und zwischen 25.000 und 50.000 Personen sind diesem Aufruf gefolgt. Dass so viele auf die Einhaltung der Spielregeln pochen, ist großartig. Ganz besonders für die jugendlichen Teilnehmer\*innen der De-

monstration. Sie lernen auf diese Weise, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist, und man sich zumindest in bestimmten Momenten einbringen muss. Optimistisch stimmt mich auch die starke Mobilisierung, die derzeit in den USA zu beobachten ist. Im November sind Kongresswahlen und es ist fantastisch zu sehen, wie viele Frauen sich derzeit als Kandidatinnen aufstellen lassen. Das ist eine neue Entwicklung in unserem Land und kann der Demokratie nur guttun. |

DANIEL ZIBLATT

ist 1972 in Kalifornien geboren. Das Schuljahr 1990/91 verbrachte er als Austauschschüler in Baden-Württemberg. Er unterrichtet Regierungswissenschaft am Center for European Studies in Harvard. Als einer der führenden Experten in europäischer Demokratiegeschichte beschäftigt er sich mit dem Aufkommen von autoritären Regimen. Ziblatt war Gastprofessor an der École normale supérieure de Paris, am Max-Planck-Institut in Köln und an den Universitäten von Konstanz und München.

ANZEIGE

**Sinnvoll investieren.**

**Mehrwert generieren!**

**Unsere ökologischen Spezialbeteiligungen: Investieren Sie sinnvoll und unternehmerisch in die Energie- und Verkehrswende.**

**Neu**

Spezialfonds Solar-Elektromobilität

Sonne & Wind III Deutschland

CAV Solarinvest – laufende Solarparks

**Jetzt informieren! → [www.gruene-sachwerte.de](http://www.gruene-sachwerte.de)**



Priska Hinz leitet seit Januar 2014 das hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Sie ist 1980 der Partei beigetreten und war von 2005 bis 2014 Mitglied des deutschen Bundestags. Tarek Al-Wazir ist seit 2013 stellvertretender hessischer Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung. Wie Priska Hinz ist auch Tarek Al-Wazir verheiratet und hat zwei Söhne.



### UNSER SPITZENDUO

Am 28. Oktober findet die Wahl zum 20. Hessischen Landtag statt. Unser Team für Hessen: Umweltministerin **Priska Hinz** und Wirtschaftsminister **Tarek Al-Wazir**.

#### WARUM GRÜN FÜR HESSEN?

**Tarek:** Wir sind die fortschrittlichste und dynamischste Partei Hessens und haben gezeigt, wie man grüne Inhalte auch in ungewohnten Konstellationen umsetzt. Wir haben kluge Konzepte für Hessens Zukunft und beschreiben nicht nur eine bessere Welt – wir verbessern die Wirklichkeit.

#### GUTE LANDESPOLITIK ...

**Priska:** ... gestaltet die Zukunft. Vor gut 35 Jahren haben wir Grüne dem Protest gegen verkrustete Strukturen, Atomkraft und Umweltzerstörung eine Stimme gegeben. Aus dem Protest wurde konstruktive parlamentarische Arbeit und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

**Tarek:** Nur mit uns kommt die Energiewende auch in Hessen voran. Nur mit uns gibt es mehr umweltfreundlichen ÖPNV, ein Sozialbudget in Rekordhöhe und so viel Personal zur Unterstützung schwächerer Schüler\*innen wie noch nie. Wer in Hessen weiter grüne Inhalte statt einer visionslosen GroKo will, muss im Oktober Grün wählen.

#### WIR KOALIEREN ...

**Priska:** ... in der Konstellation, in der wir Hessen ökologischer und sozialer gestalten können.

#### MEINE BOTSCHAFT AN ALLE WAHLKÄMPFER\*INNEN:

**Priska:** Beim Ökolandbau spitze, ein bundesweit einmaliger Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und der Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, das Sozialbudget in Rekordhöhe – wir können eine tolle Bilanz vorlegen.

**Tarek:** Lasst uns die Ärmel hochkrempeln und loslegen! Wir brauchen uns in diesem Wahlkampf wirklich nicht zu verstecken und können stolz auf das bisher Erreichte sein. In Zeiten von Trump, Seehofer und Erdoğan sind wir die Stimme der Vernunft.

#### HESSEN IM JAHR 2025:

**Priska:** Ist auf einem guten Weg, bis 2050 klimaneutral zu werden. Der Anteil an ökologisch bewirtschafteten Flächen hat sich bis 2025 verdoppelt, und Hessen ist bundesweite Ökolandbau-Modellregion!

## TEAM HESSEN

**Tarek:** Bus und Bahn, Radfahren und Zufußgehen sind attraktive Alternativen zum Auto geworden. Wir haben bessere Schulen, an denen Kinder länger gemeinsam lernen und Grundschulkinder verlässlich betreut werden.

#### DAS HABEN WIR BEREITS GESCHAFFT:

**Priska:** Wir haben das größte Naturschutzprojekt in der Geschichte Hessens umgesetzt: mit der FSC-Zertifizierung des hessischen Waldes durch die internationale Organisation „Forest Stewardship Council“. Hessen gibt so viel Geld für Wohnraum aus wie seit Jahrzehnten nicht mehr! Wir bauen mehr als 20.000 Wohnungen für 60.000 Menschen. Und: Wir haben einen Klimaschutzplan mit konkreten Zielen durchgesetzt.

**Tarek:** Noch nie kam aus hessischen Steckdosen so viel atom- und kohlefreier Strom. Noch nie war Bus- und Bahn fahren so einfach, so günstig und so komfortabel. Und noch nie gab es in Hessen so viele schnelle und ultraschnelle Internetanschlüsse. Wir denken bei moderner Infrastruktur eben auch an Glasfaser und Gigabit – und nicht nur an Beton.

#### MUT IST ...

**Priska:** ... klar zu seinen Überzeugungen zu stehen, auch wenn diese noch nicht mehrheitsfähig sind.

**Tarek:** ... in wichtigen Momenten auf seine Intuition zu hören.

#### DAS HAT PRISKA BESONDERS DRAUF:

**Tarek:** Priska bringt Menschen zusammen, die sich früher am liebsten mit Kuhfladen bedeckt hätten. Spaß beiseite: Wie es Priska geschafft hat, ökologisch wirtschaftende und konventionelle Bauern an einen Tisch zu bekommen, ist beeindruckend.

#### DAS HAT TAREK BESONDERS DRAUF:

**Priska:** Tarek ist nicht ohne Grund Hessens beliebtester Politiker: Er ist debattenstark, schlagfertig, den Menschen zugewandt – er kann sie wunderbar mitreißen und motivieren. Als „Offenbacher Bub“ kennt er die hessische Seele wie niemand sonst. Und er hat die Fakten drauf wie kaum ein anderer.

#### DIE MENSCHEN IN HESSEN ...

**Priska:** ... leben in einem vielfältigen Bundesland mit einer einzigartigen Kulturlandschaft und herrlichen Dörfern und Städten. Sie sind so vielfältig wie die vielen wunderbaren Dialekte und heimischen Produkte – von der Grie Soß in Frankfurt über den Rheingauer Riesling bis zur Ahlen Worscht in Nordhessen.

#### MEIN POLITISCHES STECKENPFERD:

**Priska:** Ganz klar: der Ökolandbau. Seitdem wir Grüne regieren, ist sein Anteil in Hessen flächenbezogen um über 30 Prozent gestiegen. Mehr als jeder achte Betrieb betreibt ökologische Landwirtschaft! So schützen wir die Artenvielfalt und das Klima, bieten den Menschen gesunde Lebensmittel und steigern die regionale Wertschöpfung auf dem Land.

**Tarek:** Das ist und bleibt die Energiewende. Da bin ich durch und durch Grüner: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt – und müssen die Klimakrise in den Griff bekommen. Das geht nur mit Energiesparen, Energieeffizienz, erneuerbaren Energien. Das ist, hier ist das Wort wirklich einmal angebracht, schlicht alternativlos.

#### PASST GUT ZUSAMMEN:

**Priska:** Ökonomie und Ökologie. Wir haben bewiesen, dass sie kein Gegensatz sind. Wenn etwa Unternehmen in ihrer Produktion Energie, Wasser und andere Ressourcen einsparen, ist das wirtschaftlich sinnvoll, stärkt den Wettbewerb und ist gut für die Umwelt.

**Tarek:** Grüne und Vernunft. Ein Beispiel: Vernünftige Verkehrspolitik investiert auch in Straßen – mit klarem Schwerpunkt auf Erhalt und Sanierung. Und: Sie stellt genügend Geld für den Bus- und Bahnverkehr zur Verfügung. Beides haben wir gemacht.

#### VISIONÄR UND ZUGLEICH PRAGMATISCH ZU SEIN ...

**Priska:** ... funktioniert gut! Große Ziele zu haben und die Gesellschaft verändern zu wollen, ist richtig. Gleichzeitig will ich Bürger\*innen miteinbeziehen – und deshalb gehe ich diese Veränderungen pragmatisch Schritt für Schritt an.

**Tarek:** ... ist unser Anspruch an grüne Politik.



Katharina Schulze ist seit 2017 Vorsitzende der grünen Fraktion in Bayern und seit 2013 Mitglied des Bayerischen Landtags. Als Sprecherin der Bündnisse „München gegen die 3. Startbahn“ und „NOlympia“ war sie am Erfolg beider Bürgerentscheide beteiligt. Ludwig Hartmann gehört seit zehn Jahren dem Bayerischen Landtag an und ist seit 2013 Chef der Landtagsfraktion. Im vergangenen Jahr gründete er das Volksbegehren „Betonflut eindämmen – damit Bayern Heimat bleibt!“.

## UNSER SPITZENDUO

Am 14. Oktober 2018 findet die Wahl zum 18. Bayerischen Landtag statt. Unser Team für Bayern: Katharina Schulze und Ludwig Hartmann.

# TEAM BAYERN

## BAYERN BRAUCHT:

**Ludwig:** Eine giftfreie Landwirtschaft, mehr bezahlbare Wohnungen, mehr Windräder, mehr Radschnellwege, mehr ... grüne Politik.

**Katha:** Und Politikerinnen und Politiker, die Mut geben, statt Angst zu machen.

## UNSER WAHLZIEL:

**Katha:** Zweistellig und deutlich zweitstärkste Kraft zu werden ...

**Ludwig:** ... und natürlich die absolute Mehrheit der CSU brechen – auf Dauer!

## MEINE FREUDE BEIM WAHLKAMPF:

**Katha:** Ich liebe Menschen! Und Wahlkampf ist eine Zeit, in der man viele interessante, tolle, inspirierende, verschrobene und lustige Leute kennenlernt.

**Ludwig:** Wenn ich nach sechs, sieben Terminen an einem Tag nach Hause komme und mein zweieinhalbjähriger Sohn Aron mich anstrahlt – ein großartiges Gefühl.

## UNSERE BOTSCHAFT AN ALLE WAHLKÄMPFER\*INNEN:

**Ludwig:** Wir stehen vor einer Zeitenwende. Wir Grüne sind stark wie nie, sind auf dem Weg zur zweitstärksten Kraft in Bayern. Bayern verändert sich und mit jedem verteilten Flyer, jedem Haustürbesuch und jeder engagierten Diskussion mit Bekannten, Freunden und Verwandten steigen die Chancen, dass grüne Ideen und Inhalte Wirklichkeit werden. Dafür machen wir Politik. Also: Haut rein!

**Katha:** Ihr seid live dabei, dieses schöne Land aktiv zu gestalten! Dafür lohnt es sich auch um 5 Uhr für die Frühverteilungsaktion aufzustehen! Und wenn man sich dann aus dem Bett quält, kann man immer dran denken: Der Wahlkampf ist auch irgendwann wieder vorbei!

## DAS HABEN WIR BEREITS GESCHAFFT:

**Katha:** Wir haben durch neu geführte Diskurse die gesellschaftliche Stimmung in Bayern positiv verändert – es weltoffener und weiblicher gemacht. Ganz konkret: Durch unser Reißverschlussystem bei der Listenaufstellung zu allen Wahlen in Bayern haben wir erreicht, dass mehr Frauen in den Räten und Parlamenten vertreten sind und in der Politik mitmischen. Das tut Bayern gut.

**Ludwig:** Man kann aus der Opposition heraus gesellschaftlichen Druck ausüben

und einiges zum Guten ändern. Die ganz großen Herausforderungen bewältigen, wie zum Beispiel den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, den Kampf gegen das Artensterben, endlich den Weg einschlagen Richtung giftfreier Landwirtschaft – das kann man aber nur in der Regierung.

## WIR KOALIEREN ...

**Katha:** ... wenn die Inhalte stimmen und unser potentieller Partner sich verantwortungsbewusst der Aufgabe stellt, unser schönes Bayern voranzubringen.

**Ludwig:** Über ökologische und gerechte Regierungspolitik kann man mit mir immer reden. Über europafeindliche und autoritäre Politik nicht.

## BAYERN IM JAHR 2025:

**Katha:** Hat endlich gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit für Frauen durchgesetzt – und auch gleiche Karrierechancen.

**Ludwig:** Wenn eine grüne Umweltministerin den fünften Nationalpark einweihet und der grüne Verkehrsminister endlich eine Mobilitätsgarantie für ganz Bayern durchgesetzt hat – dann passt das für mich.

**Katha:** Genau! Wir brauchen ein Bus- und Bahnangebot für alle in Bayern, egal wo sie leben – und zwar werktags von 5 bis 24 Uhr im Stundentakt. Es geht nicht an, dass mancherorts der Schulbus das einzige öffentliche Transportmittel ist!

## HALTUNG ...

**Ludwig:** ... zu haben, heißt zuversichtlich bleiben, statt Angst zu verbreiten; Lösungen aufzeigen, wenn andere Probleme herbeireden; mutig vorangehen, wenn andere zaghaft zurückbleiben. Das ist Haltung.

**Katha:** ... entsteht aus einem Dreiklang: Man braucht ein warmes Herz, muss mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und den Kopf frei haben, um auch mal unkonventionell oder um die Ecke zu denken. Ich glaube, das beherrschen wir Grüne sehr gut.

## PASST GUT ZUSAMMEN:

**Ludwig:** Kind und Karriere – wir setzen uns für ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ein, die endlich kommen muss. Und natürlich grüne Politik und Wirtschaft – weil man auch mit grüner Politik schwarze Zahlen schreiben kann.

## DAS HAT KATHA BESONDERS DRAUF:

**Ludwig:** Katha ist eine absolute Powerfrau. Sie hat sich in das sperrige Thema „Innere Sicherheit“ richtig reingefressen und leistet als Fraktionsvorsitzende eine super Arbeit. Ich bin froh, dass wir das gemeinsam machen!

## DAS HAT LUDWIG BESONDERS DRAUF:

**Katha:** Ich denke, er wird das erste grüne Direktmandat in Bayern ever holen! Also Leute in München Mitte, eure Stimme für Ludwig! Ansonsten: Man kann Ludwig um halb 4 Uhr nachts anrufen, und er kann dir die Energiewende im Schlaf runterbeten.

## WAS WISSEN WIR NOCH NICHT ÜBER EUCH?

**Ludwig:** Ich schaue, wenn ich über den Fraktionsflur gehe, immer aufs Handy und lese meine Nachrichten. In der Fraktion kursoriert schon der Witz, das wäre mein Navi und ich bräuchte es, um mich im Landtag zurechtzufinden.

**Katha:** Nachdem auf meinem Büroschreibtisch ein paar Drachen zuhause sind, könnte man mich für die Drachmutter Daenerys Targaryen aus Game of Thrones halten, als die ich bei der Fränkischen Fastnacht unterwegs war. Aber der wahre Schatz ist in den Schubladen: Immer was Süßes und genug Spezi für alle, die Nervennahrung brauchen.

## VISIONÄR UND ZUGLEICH PRAGMATISCH ZU SEIN, ...

**Katha:** ... ist kein Widerspruch. Mein Motto ist „pragmatisch die Welt retten“ – so habe ich das auch in meine Bewerbung zur Spitzenkandidatin formuliert. Ich glaube auch, dass es nur so geht. Ein Schritt nach dem anderen und so mit Ausdauer und klarem Kompass die Welt jeden Tag ein bisschen besser machen.

**Ludwig:** ... ist gewissermaßen das Gegenteil des fantasielosen Theoretikers. Also der blutarme „Dienst-nach-Vorschrifts-Mensch“. Da sind wir Grüne doch das absolute Gegenteil – zum Glück!





# EUROPAGRUPPE GRÜNE

In dieser Ausgabe schreibt Reinhard Bütikofer über die umfassenden Umbrüche in der Sicherheitspolitik der EU.

Romeo Franz berichtet von seiner Reise zu Menschen mit Romno-Hintergrund in Italien und Rumänien.

Rebecca Harms beschreibt die Ukraine, fünf Jahre nach Beginn des Euromaidan.

Martin Häusling erläutert die Herausforderungen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik.

In dieser Ausgabe interviewt Michael Cramer die stellvertretende Bundesvorsitzende des ADFC, Bernadette-Julia Felsch.

Wir wünschen allen Leser\*innen spannende Einblicke auf den Europaseiten.

EURE EUROPAGRUPPE GRÜNE

## SICHERHEITSPOLITIK FRIEDENSNOBELPREIS: WAR DA WAS?

von Reinhard Bütikofer

In der europäischen Sicherheitspolitik hat sich in den letzten zwölf Monaten mehr getan als vorher in zwölf Jahren. Die Hauptursachen sitzen in Moskau und Washington und heißen Putin und Trump. Unbestreitbar ist, dass die EU-Länder zusammen mehr für gemeinsame Sicherheit tun müssen. Aber sind wir auf dem richtigen Weg? Ich habe da viele Fragezeichen.

Seit langem fordern die USA, die NATO-Staaten sollten zwei Prozent ihres BIP für Rüstung ausgeben. Die NATO-Länder sagten das auch – mehr oder weniger verlässlich – zu. Aber erst Trump hat das Zwei-Prozent-Ziel zum Dogma erklärt. Und er scheint die NATO-Beistandsgarantie nach Art. 5 daran zu knüpfen. Erschreckt macht sich die EU nun Trumps Zahl zu eigen – und ignoriert dabei das eigentliche Problem.

Tatsächlich stecken die EU-Staaten nicht gerade wenig Geld in die Verteidigung. Ihre Ausgaben liegen etwa dreimal so hoch wie die Russlands. Europa gibt dieses Geld ganz ineffizient aus, beschafft alles doppelt, dreifach und vierfach und mästet damit eine zersplitterte Rüstungsindustrie, die kaum Wettbewerb ausgesetzt ist. Wo die USA 30 Waffensysteme haben, haben wir 178.

„Die EU-Kommission hat vorgerechnet, die Mitgliedsländer könnten – jedes Jahr! – bis zu 100 Milliarden Euro sparen.“

Die EU-Kommission erkennt das Problem – und präsentiert eine völlig unpassende Lösung. Sie will Kooperation schaffen, indem sie eine Menge EU-Steuer Geld über einen neuen Fonds für Rüstungsforschung, -entwicklung und -beschaffung ausgibt. Bis 2027 sollen dafür etwa 20 Milliarden zusätzlich fließen. De facto läuft das auf eine neue Subventionsrunde für die Rüstungslobby hinaus. Es wird riesige Mitnahmeeffekte geben und fortgesetzten Eigensinn.

Schlimm ist, wie der Rüstungsfonds gemanagt werden soll. Die Industrie wird bei der Auswahl der Projekte mit am Tisch sitzen, aber das EU-Parlament kann nicht kontrollieren. Regierungsexperten reden mit, die Zivilgesellschaft bleibt außen vor. Sogar inakzeptable Waffen(systeme) wie autonome Killerdrohnen sollen finanziert werden können. Copyrights sollen in Privatbesitz bleiben und auch für mehr Waffenexporte genutzt werden können.

Gleichzeitig soll es für Konfliktprävention und zivile Konfliktlösung nicht einmal halb so viel Geld geben wie bisher. Nicht unsere grüne Vorstellung von einem Friedensnobelpreisträger „EU“.



REINHARD BÜTIKOFER

Europas Sicherheitspolitik steht vor einer Wegscheide. Grün macht den Unterschied.

## INTERVIEW EIN RADGESETZ FÜR BAYERN

Michael Cramer interviewt Bernadette-Julia Felsch

Du bist seit April 2018 Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) in Bayern. Herzlichen Glückwunsch! Der bayerische ADFC fordert aktuell ein Radgesetz für den Freistaat. Nicht nur in Bayern wird das Fahrrad als kostengünstiges und umweltfreundliches Verkehrsmittel gelobt. Wenn es aber darum geht, den Radverkehr wirklich zu fördern, fehlt Geld, Personal oder Platz – oder alles zugleich. Die bayerische Landesregierung hat sich, auch auf Drängen des ADFC, in ihrem Radverkehrsprogramm ambitionierte Ziele gesetzt. So soll der Radverkehrsanteil bayernweit bis zum Jahr 2025 auf 20 Prozent verdoppelt werden. Das Programm ist nun seit über einem Jahr in Kraft, aber bis heute gibt es keinen Maßnahmenplan, wie die proklamierten Ziele erreicht werden sollen. Es hängt nach wie vor allein von den jeweiligen Kommunen, politischem Willen und von der Kassenlage ab, ob überhaupt etwas für den Radverkehr getan wird. Das Ergebnis ist ein Flickwerk aus unterschiedlichen und oft unsicheren Radwegen, die nicht zum Umstieg auf das Rad einladen. Deshalb haben wir zur Landtagswahl die Initiative für ein Radgesetz gestartet, denn wir sind sicher, dass nur mit einem verbindlichen rechtlichen Rahmen, mit klaren Zuständigkeiten und ausreichend Personal und Geld eine Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur in Bayern möglich ist. Andernfalls wird das bayerische Radverkehrsprogramm ein Papier-tiger bleiben. Das neue Mobilitätsgesetz in Berlin zeigt, wie es geht! Erfreulicherweise stimmen uns mit Ausnahme von Teilen der

CSU auch alle Parteien im Landtag zu, dass ein Radgesetz für Bayern nötig wäre. Ihr habt mit König Ludwig II. prominente Unterstützung und seid auf euren Demos mit Schwimmflügeln unterwegs. Was hat es damit auf sich? König Ludwig II. ist bis heute Bayerns beliebtester König. Er war visionär und seiner Zeit weit voraus. Beispielsweise war er der Erste, der mit einem batteriebeleuchteten Fahrzeug unterwegs war, der seine Arbeiter\*innen auch im Krankheitsfall bezahlte und der die Vorgängerinstitutionen des TÜV und der TU München gründete. Nun haben Historiker\*innen des ADFC herausgefunden, dass er passionierter Radfahrer war, sich aber über die damals schon schlechten Bedingungen für Radfahrer\*innen ärgerte. Deshalb plante er den Erlass eines königlich-bayerischen Velo-Gesetzes, dessen Urkunde wir auf der Homepage [www.radgesetz-bayern.de](http://www.radgesetz-bayern.de) ebenso veröffentlicht haben wie auch bisher unbekannte, aber eindeutige Tagebucheinträge. König Ludwig II. kam aber im Starnberger See ums Leben, ehe sein Velo-Gesetz in Kraft treten konnte. Über 130 Jahre später möchten wir, dass sein Wille endlich Realität und Bayern ein wirkliches Radland wird. Damit unsere Forderungen nicht untergehen, wie damals der König, tragen wir symbolisch Schwimmflügel und schwimmen durch den nicht sonderlich fahrradfreundlichen Verkehr.

Bei der Einweihung der ersten Radstätte hast du auch Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer getroffen. Wie ist dein Eindruck, gerade auch bezogen auf das Fahrrad? Nachdem sein Vorgänger Alexander Dobrindt bei den Radverkehrsveranstaltungen meist durch Abwesenheit gegläntzt hat (und das sogar bei seinen eigenen wie dem Radverkehrskongress des Bundes!), war ich sehr erleichtert zu sehen, dass der aktuelle Verkehrsminister offenbar mehr Interesse am Radverkehr hat als sein Vorgänger. Auch seine Radverkehrsbeauftragte stimmt mich ganz optimistisch. Natürlich ist aus Sicht einer Aktivistin beim Thema Radverkehr im

Bundesverkehrsministerium noch immer sehr viel Luft nach oben – aber Herr Scheuer hat den Job ja gerade erst angetreten. Also warten wir mal ab!

In Bayern steht die Landtagswahl an, im nächsten Jahr dann die Europawahl. Wo muss es unbedingt vorangehen? Ich wünsche mir, dass etwas gegen die wirklich drängenden Probleme, wie zum Beispiel mangelnde Infrastruktur, Klimaerwärmung, teurer Wohnraum in Städten, getan wird, statt Scheindebatten zu führen und diese Probleme einfach auszusitzen. Insbesondere beim Verkehr wird sich die Lebensqualität der Bürger\*innen ohne ein Umsteuern nicht verbessern. In den Städten, wo die Wege meist kurz sind, müssten die Bedingungen für den Rad- und Fußverkehr deutlich verbessert werden.

Du hast dich auch intensiv mit dem Iron Curtain Trail beschäftigt. Im kommenden Jahr feiern wir 30 Jahre „Fall des Eisernen Vorhangs“. Verbindest du damit auch ganz persönliche Erinnerungen? Im Rückblick erscheint mir die deutsche und europäische Teilung noch immer völlig verrückt. Dabei war sie für viele von uns lange Gewohnheit. Hoffentlich gewöhnen wir uns nie an etwas so Absurdes und Unmenschliches wie den Kalten Krieg oder die Zeit des Nationalsozialismus. Deshalb ist die Erinnerung an unsere Geschichte durch beispielsweise den Iron Curtain Trail so wichtig, um unsere Geschichte auch für Menschen erlebbar zu machen, die keine eigene Erinnerung daran haben.



BERNADETTE-JULIA FELSCH

wurde 2016 stellvertretende Bundesvorsitzende des ADFC und im April 2018 zur ADFC-Landesvorsitzenden in Bayern gewählt.

### KLEINE BANKEN LEBEN LASSEN

Das EU-Parlament hat eine Großzahl unserer Vorschläge zur Entlastung kleiner Institute befürwortet. In den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten werden wir Druck machen, damit Sparkassen und Genossenschaftsbanken Teil der Bankenlandschaft bleiben.

Sven Giegold  
[www.sven-giegold.de](http://www.sven-giegold.de)

### EU-ENTWICKLUNGSPOLITIK DROHT DAS AUS

Die EU-Kommission plant die Zweckbindung von Geldern für die Entwicklungshilfe aufzuweichen. Dadurch kann dann auch die Migrationsabwehr finanziert werden. Diese Mittel sind für Menschen gedacht und dürfen nicht gegen sie verwendet werden!

Maria Heubuch  
[www.maria-heubuch.eu](http://www.maria-heubuch.eu)

### KOMMUNALE AUFNAHME

Um die humanitäre Krise im Mittelmeer zu lindern, müssen wir aufnahmebereite Kommunen besser unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen, die bereit sind Flüchtlinge aufzunehmen, direkt mit EU-Geldern unterstützt werden.

Ska Keller  
[www.skakeller.de](http://www.skakeller.de)

### UN-BERICHT VERLANGT KONSEQUENZEN

Die UN-Untersuchungskommission fordert die Strafverfolgung der Verantwortlichen in Myanmar, auch des Oberbefehlshabers. Die EU muss ebenfalls von der UN die Überweisung an den Internationalen Strafgerichtshof einfordern.

Barbara Lochbihler  
[www.barbara-lochbihler.de](http://www.barbara-lochbihler.de)





## MENSCHENRECHTE ENTMENSCHLICHUNG STOPPEN

von Romeo Franz

Ich werde oft gefragt, welches Europa ich mir für die Zukunft wünsche. Diese Frage ist natürlich nicht so einfach in einem kurzen Text zu beantworten. Doch ich möchte einen Teil der Antwort geben, der mir besonders wichtig ist: Ich möchte ein Europa der Chancengleichheit und der Teilhabe.

Als ich im Juli ins Europäische Parlament nachgerückt bin, wusste ich, dass meine Aufgabe darin bestehen wird, Menschen eine Stimme zu leihen, die oft nicht gehört werden. Im Sommer bin ich nach Italien und Rumänien gereist, um mit Bürger\*innen mit Romno-Hintergrund vor Ort über ihre Lage zu sprechen. Mein Motto dabei ist: Statt nur über Betroffene zu reden, möchte ich den Menschen zuhören und ins Gespräch kommen. Was ich auf diesen Reisen erlebt habe, werde ich nie vergessen.

Wie kann es sein, dass in Teilen der EU Menschen keinen Zugang zu Wasser haben? Keine Gesundheitsvorsorge? Kein Geld für Hygienemittel? Kaum genug, um nicht zu hungern? In einer kleinen Stadt in Rumänien an der ungarischen Grenze lebt eine Gruppe von ca. 100 Menschen, davon viele Kinder, Menschen mit Behinderung, denen jegliche Würde genommen wird. Bei meinem Besuch hatte ich die Chance, mit dem Bürgermeister der Gemeinde genau jene Straßen zu besuchen, in denen die Not am größten scheint. Seine Reaktion ist ein klarer Fall von Rassismus: Die Menschen seien selbst an ihrem Elend schuld. Ihre „Mentalität“ führe zu Ausgrenzung. Mir wurde übel.

Ich bin neu im Parlament und in weniger als einem Jahr sind Wahlen. Bis dahin will ich mit aller Kraft gegen das Unrecht kämpfen. Um gegen Diskriminierung und Rassismus zu wirken, baue ich zunächst auf ein Sichtbarmachen dieser Rechtsbrüche. Aber ich

werde auch alle institutionellen Wege gehen, die ermöglichen, diese Art der Ausgrenzung und Entmenslichung zu verhindern.

**ROMEO FRANZ**

In Zeiten, in denen Rassismus wieder als spruchreif gilt, mache ich Diskriminierung sichtbar und stehe für Menschenrechte ein.



Europagruppe GRÜNE/Europäisches Parlament  
www.gruene-europa.de  
info@gruene-europa.de  
twitter: @gruene\_europa  
facebook.com/europagruene

Verantwortlicher Europaseiten: Aldo Caruso

## EUROPA LEBENDIGE, STREITBARE, KREATIVE UKRAINE

von Rebecca Harms

Im November jährt sich der Beginn des Euromaidan in Kiew zum fünften Mail: Ein Jahrestag, an dem bilanziert wird, was die Revolution der Würde den Ukrainer\*innen gebracht hat. Die ukrainischen Reformen und die neuen Institutionen zur Bekämpfung von Korruption sind vielfältig und beeindruckend, wenn auch nicht perfekt. Der Widerstand von Oligarchen und alten Nutznießer\*innen ist nicht überraschend. Es wird viel länger als fünf Jahre dauern, bis die Ukraine das „normale Land“ ist, für das Millionen auf den Maidan kamen. Bilanz und Kritik muss sein.

Für den Blick auf die Ukraine zählt aber auch, dass das Land von Putin angegriffen wurde, weil es ein Assoziierungsabkommen mit der EU wollte. Die Ukraine macht trotzdem umfassende Reformen, obwohl sie sich seit mehr als vier Jahren gegen Besatzung und Krieg verteidigen muss. Putin ist es weder mit seiner Marionette Janukowitsch noch mit Gewalt und Krieg geglückt, die Ukraine in seiner Welt zu halten. Die Ukraine ist heute unter den Staaten, die aus der Sowjetunion hervorgingen, das lebendigste und spannendste Land.

Was Putin im Keim ersticken wollte, hat er mit seinem Angriff auf die Souveränität des Landes verstärkt. Die Nation ist nicht nur zusammengeschweißt worden, sondern aufgeblüht. Die Ukraine ist lebendiger, streitbarer und kreativer geworden. Abend für Abend wird auf allen TV-Kanälen heftig über Korruption debattiert. Literatur, Film, Kunst, Musik und Medien, aber auch Zivilgesellschaft und Parlament spiegeln den Willen, sich nicht von alten Mächten, altem Denken und nicht von Putins Krieg bezwingen zu lassen. Fünfzig Jahre nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Prag sind es heute die Ukrainer\*innen, die auf ihrem Weg in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und gegen den Neokolonialismus unsere Unterstützung, Anerkennung und mehr Zuneigung brauchen. Es geht weiter um die Zukunft der Ukraine und die Zukunft Europas.



**REBECCA HARMS**

Zum fünften Jahrestag des Euromaidan fordere ich mehr Anerkennung und Unterstützung für die Ukraine.

### SOZIALES EUROPA STÄRKEN

Die Verhandlungen über den Europäischen Sozialfonds Plus stehen vor der Tür. Wir Grüne wollen soziale Projekte fördern, lokale Initiativen unterstützen und den Menschen in den Mittelpunkt stellen – kurz: Das soziale Europa stärken.

Terry Reintke  
www.terryreintke.eu

### EU-FREIWILLIGEN- DIENST GESTARTET

Mit dem Europäischen Solidaritätskorps bringen wir ein reformiertes, umfangreicheres Freiwilligenprogramm für junge Menschen in Europa auf den Weg. Es soll die Solidarität in Europa stärken, jungen Menschen neue Perspektiven eröffnen und Communities innerhalb und außerhalb der EU unterstützen.

Helga Trüpel  
www.helgatruempel.de

## LANDWIRTSCHAFT SYSTEME AUF DEN PRÜFSTAND!

von Martin Häusling

Auch für die Landwirtschaft müssen der Klimaschutz und die Anpassung an den unvermeidbaren Klimawandel als gleichberechtigte Ziele auf die Handlungsagenda. Die Landwirtschaft ist sowohl Treiberin als auch Betroffene des Klimawandels.

Für die Ackerbaupraxis wird es besonders wichtig, gar existenziell sein, Anpassungssysteme zu entwickeln, die weniger auf Höchsterträge als vielmehr auf Widerstandsfähigkeit ausgerichtet sind, sowohl was Starkregenfälle als auch Dürren und steigenden Schädlingsdruck angeht. Das bedeutet in der Praxis mehr und bessere Fruchtfolgen, Humusaufbau und robuste Sorten. Der Ökolandbau bietet hier den Goldstandard: Alle Maßnahmen, die die Widerstandsfähigkeit erhöhen, sind auch gleichzeitig langfristig klimaschonend. Diese Erkenntnis muss sich auch bei der nächsten Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik wiederfinden. Basis der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik müssen konsequente Anforderungen an die EU-Mitgliedstaaten zur Einhaltung von Klimaschutz, Wasser- und Bodenschutz und zum Schutz der Artenvielfalt sein und nicht nur bloß ein Tableau von Belibigkeiten.

Das vielfältige Potenzial des Grünlands als wichtigem Speicher von Kohlenstoff muss sowohl im Hinblick auf den Klimaschutz als auch für die Förderung von Artenvielfalt und den Hochwasserschutz viel stärker als bisher berücksichtigt werden. Hier geht es eben nicht nur um „Methan-rülpse“ Kühe. Zwei Drittel der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen unseres Planeten sind humusproduzierende Graslandschaften, die ohne Weidehaltung nicht für die Ernährung des Menschen nutzbar wären. Die unsäugliche Hochleistungsfütterung unserer Nutztiere mit Soja und Getreide statt heimischem Gras ist der eigentliche Klimakiller und muss daher beendet werden. Deshalb müssen wir das Motto „Sojaimporte runter – Weidehaltung rauf“ sehr ernst nehmen. Dies bringt mehr für den Klimaschutz als jeder ferngesteuerte Düngerstreuer. Am 19. Oktober stelle ich hierzu in Berlin eine Studie mit dem Titel „Vom Mythos der klimasmarten Landwirtschaft – oder warum weniger vom Schlechten nicht gut ist“ vor. Infos gibt es auf meiner Homepage [www.martin-haeusling.eu](http://www.martin-haeusling.eu).



**MARTIN HÄUSLING**

Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel müssen auf die Agenda!

ANZEIGE

# WOHL BEHÜTET AUFGEWACHSEN.



Ich weiß genau,  
wo das Holz herkommt,  
was in mir steckt.

100% aller weltweit eingesetzten Zellstofffasern sind nach dem Standard des Forest Stewardship Council (FSC®) zertifiziert.

Mehr erfahren Sie unter  
[karton-natuerlich.de](http://karton-natuerlich.de)



## KARTON, NATÜRLICH!

Eine Initiative des Fachverband  
Kartonverpackungen für flüssige  
Nahrungsmittel e.V.

Das Umweltbundesamt empfiehlt  
den Kauf von Mehrwegflaschen und  
ökologisch vorteilhaften Getränkekartons.



# EIN POLITISCHER SOMMER

**Viel los:** die wichtigsten Termine und Veranstaltungen des Sommers im Überblick.



## WIR SIND MEHR!

Die Rechtsextremen marschieren auf. Seite an Seite mit AfD, Hooligans und Pegida. In Chemnitz wird Jagd auf Menschen gemacht. Nazis zeigen offen den Hitlergruß und skandieren Parolen, die erschrecken. Die Ereignisse in Chemnitz haben die Republik erschüttert. Wenige Tage später sind wir in Chemnitz unter dem Motto „Herz statt Hetze“ gemeinsam mit tausenden Menschen auf die Straße gegangen, um zu zeigen, dass es ein anderes Sachsen gibt. Annalena: „Jetzt kommt es auf uns alle an. Stellen wir uns dem Hass der Rechtsextremen entgegen. Zeigen wir, dass wir da sind – für die Demokratie, für die Menschlichkeit!“



## BUNDESFRAUENKONFERENZ

Beim Zukunftskongress in Leipzig diskutierten 250 Frauen über aktuelle feministische Themen. Speakerinnen waren unter anderem die Rapperin Sookee, die Bloggerinnen Anne Wizorek und Kübra Gümüşay, Missy-Herausgeberin Steffi Lohaus und Autorin Mithu Sanyal. Die Konferenz stand in diesem Jahr auch im Zeichen des Grundsatzprogrammprozesses. Gesine Avena: „In Zeiten des Erstarkens der AfD, in denen Rechte versuchen, Frauenrechte für sich zu vereinnahmen, muss grüne Politik intersektional, solidarisch und antirassistisch sein.“



## EUROPA ERNEuern

Mit Mut, Willen und einer Vision für Europa: Acht Monate vor der Wahl zum Europäischen Parlament hat der Bundesvorstand seinen Programmentwurf vorgelegt. Wir Grüne wollen Europas Rolle in der Welt stärken und die EU wieder handlungsfähiger machen. Unser Ziel: die Klimakrise bekämpfen, die Macht von globalen Konzernen eindämmen, für sozialen Ausgleich sorgen. Vor rund 250 Bürger\*innen bekräftigten Annalena und Robert: Europa steht für Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit, nicht für Nationalismus. Wir Grüne haben es in der Hand, dieses Versprechen zu erneuern. Denn ein geeintes und erneuertes Europa ist das Beste, was den Menschen in diesem Land passieren kann. Beschlossen wird das Programm auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Leipzig vom 9. bis zum 11. November.



## DES GLÜCKES UNTERPFAND

Im Juli und August sind Annalena und Robert durch ganz Deutschland gereist und haben gefragt: Was hält uns als Land zusammen? Wie kann das Vertrauen in das gemeinsame Miteinander, die liberale Demokratie und den Rechtsstaat wieder wachsen? Ihre Tour stand unter dem Motto „Des Glückes Unterpfand“. Damit spielten sie auf eine Zeile in der Nationalhymne an: „Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand.“ Auf dem Programm: Gespräche mit Bundeswehr und Bundespolizei, mit Pflegekräften und mit zahlreichen Bürger\*innen, vor allem auch im Osten von Deutschland. Und ungewöhnliche Orte: zum Beispiel die Wartburg, das Hermannsdenkmal und das Hambacher Schloss. An vielen Orten war der Andrang so groß, dass die Veranstaltungen kurzerhand ins Freie verlegt werden mussten.

Fotos: Dominik Butzmann, Rasmus Tanck

## Termine

### 13. Oktober:

#### Demo „unteilbar“ in Berlin

Solidarität statt Ausgrenzung – Für eine offene und freie Gesellschaft. Unter diesem Motto geht es am 13. Oktober in Berlin auf die Straße. Wir unterstützen das Bündnis und sind mittendrin und voll dabei.

Mehr Infos unter: [unteilbar.org](http://unteilbar.org)

### 14. Oktober:

#### Demo Hambacher Forst & Ende Gelände

Kohle stoppen heißt Klima retten! Am 14. Oktober findet eine Großdemonstration der Umweltverbände rund um den Hambacher Forst statt. Wir sind natürlich mit dabei. An diesem Wochenende ruft außerdem Ende Gelände zu einer großen Massenaktion des zivilen Ungehorsams auf.

### 9. – 11. November:

#### Bundesdelegiertenkonferenz in Leipzig

Nach einem spannenden Jahresauftakt haben wir über den Sommer Kraft getankt und starten voller Elan in die Vorbereitungen der Europawahl im Mai 2019. Auf dem Parteitag in Leipzig werden wir dazu zwei wichtige Grundsteine legen: Gemeinsam werden wir an einem guten Programm für die Europawahl arbeiten und dieses beschließen. Damit wir mit einem starken Team in den Wahlkampf und später ins Europäische Parlament ziehen, werden wir am Samstag und Sonntag unsere Liste für das Europaparlament wählen.

Mehr Infos unter: [gruene.de/bdk](http://gruene.de/bdk)

### 23. – 25. November:

#### European Green Party Council in Berlin

Ende November sind Grüne aus ganz Europa zu Gast in Berlin. Dort werden unter anderen Spitzenkandidat\*innen auf europäischer Ebene gewählt.

### 1. Dezember:

#### Demo in Berlin zur COP24

Vom 3. – 14. Dezember findet die COP24 in Katowice in Polen statt. Im Vorfeld ist eine große Demonstration in Berlin geplant. Merkt euch den Termin schon einmal vor, denn das wird groß. Weitere Infos folgen.

## Unterstützt Bayern und Hessen im Endsprint!

### In wenigen Wochen werden in Bayern und in Hessen die Landtage neu gewählt.

In Bayern geht es um eine Richtungsentscheidung: für ein liberales, modernes, menschliches Bayern, dafür stehen wir Grünen, gegen eine rückwärtsgewandte, zunehmend autoritäre Politik einer CSU. Unsere Freundinnen und Freunde in Bayern kämpfen für eine Politik, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhält, statt sie zu zerstören und das soziale Miteinander stärkt, statt die Gesellschaft zu spalten. Mit voller Leidenschaft und vielen Ideen!

In Hessen konnten wir Grüne in den vergangenen Jahren mit dem Klimaschutzplan, dem Ausbau erneuerbarer Energien, den Steigerungen beim Ökolandbau, mit einer Rekordförderung für Busse und Bahnen, mehr bezahlbarem Wohnraum und mehr Geld für Integration, Bildung und Kultur erfolgreich grüne Projekte in der Regierung vorantreiben. Damit unsere Freundinnen und Freunde in Hessen auch in den kommenden Jahren an diese Erfolge anknüpfen können, braucht es starke Grüne im Landtag.

Mit deiner Spende unterstützt du die Kampagnen: die Präsenz im Netz, den Druck von Plakaten und Flyern, die Organisation von Veranstaltungen und Wahlkampftouren.

### Wir freuen uns über deine Spende!

Am einfachsten für beide Länder per Überweisung an:  
IBAN: DE73 4306 0967 8035 8159 00  
Stichwort: „Spende LTW BY HE“.

Oder online: [gruene.de/spende-ltw](http://gruene.de/spende-ltw)

### Oder direkt an die Landesverbände:

**Bayern**  
IBAN: DE80 7025 0150 0000 0158 75  
**Hessen**  
IBAN: DE28 5105 0015 0101 2645 64

## Impressum

### Das Magazin der Grünen –

#### Mitgliederzeitschrift

Nr. 10, ISSN 2509-3193  
Postvertriebszeichen: A 02908

### Herausgeber:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Michael Kellner  
Politischer Bundesgeschäftsführer  
V.i.S.d.P.: Nicolas Schwendemann

### Redaktion, Gestaltung, Produktion:

Anzinger und Rasp, München  
Redaktion: Alexandra Bürger, Ivonne Fehn (Leitung), Christina Waechter  
Gestaltung: Miriam Bröckel

### Kontakt Redaktion:

E-Mail: [magazin@gruene.de](mailto:magazin@gruene.de)  
Redaktion: Das Magazin der Grünen  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Triftstraße 13, 80538 München

### Anzeigenverwaltung:

Runze & Casper Werbeagentur GmbH  
Ruth Hansmann  
Linienstraße 214, 10119 Berlin  
Tel.: 030/28 01 80-145  
E-Mail: [verlagsservice@runze-casper.de](mailto:verlagsservice@runze-casper.de)

### Druck:

86.500 Exemplare  
Dierichs Druck + Media GmbH & Co. KG,  
Kassel, auf 100% Recyclingpapier.  
Den Auflagen von Bayern, Hessen,  
Schleswig-Holstein und Thüringen liegen  
Zeitungen der Landesverbände oder  
Landtagsfraktionen bei. Das Werbemittel  
von DER FREITAG Mediengesellschaft  
liegt der Gesamtauflage bei.

### Jahresabonnement:

Vier Ausgaben: 11,90 Euro  
Bestellung schriftlich an:  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Abo/Magazin  
Platz vor dem Neuen Tor 1  
10115 Berlin  
Die nächste Ausgabe erscheint  
voraussichtlich am 12. Dezember 2018.



# Social Media seit 1978



**Das Geburtstagsabo:  
10 Wochen, 10 Euro.  
[taz.de/40jahre](https://taz.de/40jahre)**

Seit 40 Jahren ist die taz ein journalistischer und gesellschaftlicher Gegenentwurf: gegründet aus Überzeugung, getragen von einer Genossenschaft, gelebt von MitarbeiterInnen und LeserInnen. Aber lesen Sie doch selbst – unter der Woche in der App, am Wochenende auf Papier.